

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

Aktuell
Solidarität der Länder

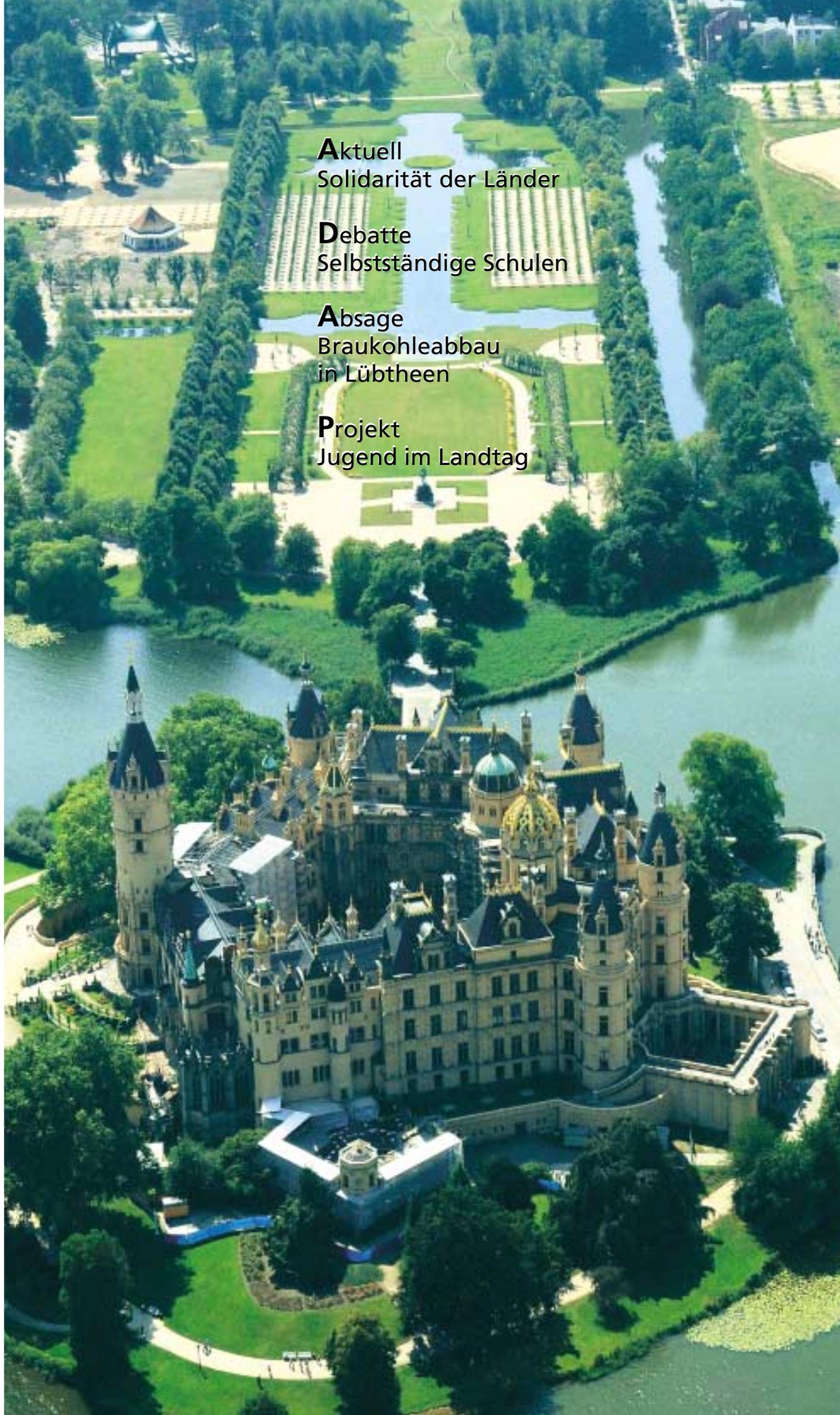
Debatte
Selbstständige Schulen

Absage
Braukohleabbau
in Lübtheen

Projekt
Jugend im Landtag



Jahrgang 17
6 / 2007



Inhalt

Spezial

Jugend im Landtag 2007 3

Aus dem Plenum

Aktuelle Stunde: 4 – 5

Föderalismusreform II –
Auswirkungen auf M-V

Weitere Themen: 6 – 8

Nichtraucherschutzgesetz

Volksinitiative Verfassung

Klassenfahrten zu Gedenkstätten

Braunkohletageabbau Griese Gegend

Dringlichkeitssitzung:

Funktional- und

Verwaltungsstrukturreform

Auszüge aus der Debatte: 9 – 14

Selbstständigkeit der Schulen

Aus den Ausschüssen 15 – 16

Sozialausschuss:

Diskussion mit Jugendlichen

Innenausschuss:

Bericht des Innenministers zu G8

Finanzausschuss:

Unterrichtungsfahrt

nach Neubrandenburg

Spezial 17

Jugend im Landtag 2007

Panorama 18

Schlossgeschichten 19

Menschen mit Handicap

im Schloss

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525 2151,

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit, Claudia Richter

Grundlayout: Sinnecker und Freie

Herstellung:

DELEGO Wirtschaftsverlag Detlev Lüth

Klößergang 5, 19053 Schwerin

Fon: 03 85 / 48 56 3-0, Fax: 48 56 3-24

Titelbild: Schweriner Schloss und Schlossgarten

Bildnachweis:

Balewski (4/1-3, 5/1-5, 9/2, 10/1, 12/1-2, 13/1)

Cordes (Titelfoto)

Fraktion der CDU (9/1)

Fraktion der NPD (14/1)

Landtagsverwaltung/Richter (3/1, 7/1, 15/1, 16/1-2,

17/1-2, 18/1-2, 19/1-2, 20/1-4)

Martina Löbner (18/3)

NDR (2/1)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Die demokratischste Demokratie der Welt –

war für Innenminister Eduard David von der SPD die Weimarer Republik am 31. Juli 1919, als die damals geltende Verfassung verabschiedet wurde. Die Freiheit dieser Verfassung nutzten die Nationalsozialisten aus, am Ende standen Krieg und Zerstörung, eine Teilung Europas und auch Deutschlands.

Aus diesen Fehlern wollte die neue Bundesrepublik lernen. Der demokratischsten Demokratie folgte die wehrhafte Demokratie. Sie erlaubt gravierende Einschnitte auch individueller Freiheitsrechte, Einschnitte bei der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Die Demokratie darf sich auf diese Weise schützen. Sie darf dies tun, wenn Handlungen zum Beispiel einer Partei darauf abzielen, unsere Grundordnung funktionsunfähig zu machen, um sie letztlich zu beseitigen. Das Bundesverfassungsgericht formulierte es so:

„Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen, sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen, im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen.“

Am 3. März 2007 fordert der NPD-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, Udo Pastörs, in Halbe: „Lasst uns diese ganze verfaulte Republik unterwühlen. Und wir haben ja schon den ein oder anderen politischen Tunnel gegraben, um dieses Konstrukt der Siegermächte zum Einsturz zu bringen.“

Der Staat schaute zu und wehrte sich nicht. Ganz anders die Realschüler in Sanitz. Vor ihrem Schulhof postierte sich die NPD, wollte Parteimaterial unter das Schüler-Volk bringen. Die gingen auf Landtagsabgeordnete der Rechtsextremen zu, um zu fragen, welches Ziel sie denn verfolgen würden. Mit dieser Frage war der Abgeordnete Lüssow überfordert, er blieb die Antwort schuldig. Die Schüler fanden es beachtlich, das Schweigen war ihnen Antwort genug.

Die Realschule Sanitz hatte sich gewehrt. Auch auf solche Weise wird ein Zeichen gesetzt für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern.

Zurzeit debattieren die demokratischen Parteien, ob durch diese Volksinitiative eine Änderung der Verfassung erfolgen sollte. 17.000 Menschen haben sich dafür stark gemacht, haben diese Initiative unterstützt. Sie hat deshalb auch die erste Hürde beim Landeswahlleiter genommen.



Norbert Lorentzen

Norbert Lorentzen (43) stammt aus Schleswig-Holstein und war bis 1993 NDR-Redakteur in Kiel und Hamburg. Dann wechselte er ins Landesfunkhaus M-V zunächst nach Rostock, 1997 nach Schwerin. Dort leitet er seit 1998 die Redaktion „Nordmagazin“ und ist zugleich stellvertretender Programmbereichsleiter Fernsehen.

Nun gehen die Auffassungen bei den demokratischen Parteien auseinander. Strafrecht sei Bundesrecht und kein Landesrecht, so die CDU. Man dürfe sich nicht eindeutig auf Rechts fokussieren, meint die FDP. Und die Linke als Mitinitiatorin möchte gerne die Antifa-Klausel in der Verfassung wiedersehen.

Egal wie die Debatte ausgeht:

Auch wenn das Ziel, eine Verfassungsänderung zu erreichen, nicht aufgehen sollte, auch dann ist diese Volksinitiative bereits ein großer Erfolg. Sie kommt aus der Mitte der Gesellschaft, die sich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt. Sie hat eine Debatte ausgelöst, in der mit rechtem Gedankengut offensiv umgegangen wird. Diese Debatte muss weiter mit Leben erfüllt werden. Sie muss nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen der Menschen im Lande erreichen. Sie muss diejenigen unterstützen, die den Mut haben etwas zu tun, wie es die Bürgerinitiative am Spiegelberg in Wismar oder die Organisatoren des Rockkonzerts in Jamel bereits getan haben.

Michael Andrejewski, Abgeordneter der NPD, hat eindrucksvoll unterstrichen, warum dies nötig ist. Er beendete seine Rede zum Gesetzentwurf der Volksinitiative im Landtag mit den Worten: „Ich würde mich jetzt gerne mit ‚Heil Lafontaine‘ verabschieden.“

Dagegen wehrte sich der Landtag und schloss Andrejewski von der Sitzung aus.

Norbert Lorentzen

„Schläfst Du noch – oder JiLst du schon?“

100 Jugendliche aus MV bei „Jugend im Landtag“ dabei

„Ein tolles Projekt für politikinteressierte Jugendliche“ – so die einhellige Meinung der jungen Leute aus Mecklenburg-Vorpommern, die vom 2. bis 6. Juli an dem Projekt „Jugend im Landtag“ teilnahmen. Unter dem Motto „Schläfst du noch – oder JiLst du schon“ hatten der Landtag und der Landesjugendring M-V zum 5. Mal dazu aufgerufen, im Schweriner Schloss miteinander und mit den Landtagsabgeordneten über die Themen zu diskutieren, die den Jugendlichen unter den Nägeln brennen.



Auftakt für „Jugend im Landtag 2007“: Die Moderatoren Manja Graaf und Robert Angelmaier interviewen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Sozialminister Erwin Sellering.

„Wir möchten die Jugendlichen gewinnen für die Idee des Parlamentarismus und ihnen die Vorzüge und Werte unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates vor Augen führen“, nannte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider als Hauptziel dieser Veranstaltung. „Das Projekt ‚Jugend im Landtag‘ ist ein wichtiger Baustein unserer politischen Bildungsarbeit“, betonte sie. Die Erfahrung zeige: Wer versteht, wie Demokratie funktioniert und welche Vorteile sie bietet, wird immun gegen extremistisches Gedankengut.

Los ging's am Montag mit einer Landtagsrallye, bei der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Schloss erkundeten. Bei dem anschließenden Parlamentsspiel debattierten die Jugendlichen nicht nur das Für und Wider einer Benotung der Lehrerinnen und Lehrer durch ihre Schüler, sondern lernten dabei auch eine Menge über die parlamentarische Arbeit – das Formulieren und Begründen eines Antrags, die Abwägung der verschiedenen Argumente, das Werben um Mehrheiten und das Akzeptieren einer Mehrheitsentscheidung.

Am Dienstag begannen die Werkstätten zu den Themen Extremismus, Gesundheit, Bildung, Internationales, Zukunft und Nachbarschaft. Hier sammelten die Jugendlichen Fakten und Meinungen zu ihrem Thema und formulierten

auch die Fragen, über die sie beim Café MV mit den Landtagsabgeordneten diskutieren wollten. Unterstützt wurden sie von kompetenten und erfahrenen Moderatorinnen und Moderatoren. Neu im Programm der Praxistag. Die „JiLies“ schwärmten in alle Himmelsrichtungen aus, um sich vor Ort über Projekte und Erfahrungen zu ihren Werkstatt-Themen zu informieren. Exkursionsziele waren zum Beispiel das Schulzentrum Dömitz, das Solarzentrum Wietow und die Organisation „Youth For Understanding“ in Hamburg. Der Gesundheitsworkshop war an diesem Tag vom Sozialausschuss des Landtages zu einer Diskussion über das Nichtraucherschutzgesetz eingeladen (s. S. 17)

Ein Höhepunkt von „JiL“ war erneut das „Café MV“, bei dem die Jugendlichen im Plenarsaal an elf Tischen mit Parlamentariern diskutierten. 24 Abgeordnete aller fünf Landtagsfraktionen waren dabei und konnten sich davon überzeugen, dass die Jugend-im-Landtag-Teilnehmer alles andere als desinteressiert und politikverdrossen sind.

„Eine super Veranstaltung und leider viel zu schnell vorbei.“ Das meinten zum Schluss alle – und dachten dabei an spannende Diskussionen, neue Freunde, gar nicht so langweilige Politiker, an das bunte Rahmenprogramm und viel zu wenig Schlaf.

Kommentar

Im Osten der Bundesrepublik sind 57 Prozent der Jugendlichen demokratieunzufrieden, und deutschlandweit interessieren sich lediglich 39 Prozent aller Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren für Politik (Shell Jugendstudie 2006). Das sind jetzt keine überraschenden Zahlen und eigentlich sind sie auch nicht neu, maximal wieder ein bisschen gestiegen oder gesunken. Aber sie sind eine gute und doppelte Begründung für ein Jugendbeteiligungsprojekt wie „Jugend im Landtag“ in Mecklenburg-Vorpommern. Einmal ist es ein Aufruf zur Beteiligung und eine Motivation, Politik zu erleben und dann auch selbst zu machen, und doppelt: 39 Prozent der Jugendlichen sind an Politik interessiert, dann muss man sie auch ernst nehmen und die Zusammenarbeit wagen. Und Zusammenarbeit beginnt mit dem Austausch von Meinungen und Standpunkten, kritischer Konfrontation und emotional besetzter Annäherung. Da ist es doch eine wundervolle Übereinstimmung, dass der Landtag M-V dafür seine Türen öffnet, seine Abgeordneten gewinnt und die jungen Leute, unterstützt durch den Landesjugendring M-V, ihre Chance so schwungvoll nutzen und die (offenen) Türen einrennen. Ernst, humorvoll, hitzig und/oder überlegt werden Themen diskutiert, die so nie auf der Tagesordnung des Landtages stehen, aber das Leben vor den Toren des Schlosses umso mehr ausmachen.

„Jugend im Landtag“ ist nun keine Veranstaltung, die die Jugendlichen ein bisschen einlädt und sie dann lächelnd mit den Größen aus der Landespolitik auf Hochglanzfotos bannt. Aber es ist auch keine Veranstaltung, die den Jugendlichen wirkliche Entscheidungsbeiträge garantiert oder deren Ergebnisse 1:1 im Landtag umgesetzt werden. Eine solche Umsetzung passiert eigentlich so gut wie gar nicht und ein zarter Hauch von Alibi umweht dieses Jugendprojekt. Aber wann hat Alibibeteiligung das letzte Mal so viel Spaß gemacht? Ach ja, „Jugend im Landtag 2007“ ... und 2005 ... und 2003 ... soll ich weitermachen?!

Manja Graaf
Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings und JiL-Projektleiterin

Solidarischen Förderalismus erhalten

Föderalismusreform II in Aktueller Stunde diskutiert

Die Landesregierung hat sich in der Aktuellen Stunde am 11. Juli im Landtag Mecklenburg-Vorpommern konsequent gegen mehr Wettbewerb in der Steuerpolitik ausgesprochen. Wenige Tage zuvor hatte der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) einen Entschuldungsfonds vorgeschlagen. Oettinger, der auch Co-Vorsitzender der Föderalismuskommission II ist, hatte eine rasche Verschärfung der Regeln für die Aufnahme von neuen Krediten gefordert. Der Vorschlag wurde im Landtag kontrovers diskutiert.

Nach Auffassung des SPD-Fraktionsvorsitzenden **Volker Schlotmann** ist klar, „wohin die Reise gehen soll“. Die finanzstarken Länder wollen seiner Meinung nach „aus der Solidarität in dieser Republik“ aussteigen. „Es ist ein Kampf der starken süddeutschen Länder gegen die wirtschaftlich schwächeren norddeutschen Länder“, betonte er. Davon sei auch Mecklenburg-Vorpommern betroffen. Das Bundesland habe keinerlei Interesse an einem Staat, der sich durch Wettbewerbsföderalismus auszeichnet. „So etwas dürfen wir nicht zulassen“, betonte Schlotmann. Die Ausgangssituationen in den Ländern seien dafür viel zu unterschiedlich. Das würde auch dem Ziel, der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, zuwider laufen. Am bewährten kooperativen und solidarischen Föderalismus dürfe nicht gerüttelt werden. „Wir wollen nicht, dass finanzschwache Länder den Kürze-

ren ziehen, weil sich finanzstarke Länder niedrigere Steuern leisten können“, betonte der SPD-Politiker.

„Ein Mehr an Wettbewerbsföderalismus bringt uns in Mecklenburg-Vorpommern nicht voran“, sagte Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff**. Ein fairer Wettbewerb sei wegen der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder nicht möglich. Den Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU) für einen Entschuldungsfonds bezeichnete Ringstorff als „trojanisches Pferd“, weil die Geberländer damit zugleich mehr Steuerautonomie durchsetzen wollten.

„Mecklenburg-Vorpommern macht seine Hausaufgaben“, sagte Ringstorff mit Blick auf den von seiner Regierung geplanten Schuldenabbau. Eindämmung der Verschuldung und Bürokratieabbau würden sehr eng miteinander zusammen hängen. Bei der Föderalismusreform gehe es um ein Gesamtpaket, bei dem unter anderem Maßnahmen zur Bewältigung von Haushaltsrisiken und auch die Modernisierung staatlicher Aufgaben eine Rolle spielen.

Linksfraktionschef **Professor Dr. Wolfgang Methling** warnte vor einer Einschränkung der Verschuldungsmöglichkeiten. Die öffentliche Verschuldung und die damit verbundene Zinslast stelle ohne Zweifel ein Problem dar. „Aber den Ländern darf nicht mit starren Verboten und restriktiven Regelungen die Luft zum Atmen genommen werden“, betonte er. Die Er-

kenntnis, dass Föderalismus solidarisch sein muss, sei älter als die Finanzreform von 1969. Schon bei der ersten Klage Baden-Württembergs gegen den Finanzausgleich habe das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass finanzstärkere Länder den finanzschwächeren Hilfe schulden. „Das Modell eines kooperativen, solidarischen Föderalismus, in dem starke Länder die schwächeren stützen, in dem soziale Standards und Leistungen unter Berücksichtigung des Verfassungsprinzips der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gestaltet werden, muss erhalten bleiben“, forderte er.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Dr. Armin Jäger** sprach sich ebenfalls gegen einen „unfairen“ Steuerwettbewerb aus, bei dem Mecklenburg-Vorpommern nur verlieren könne. Er plädierte jedoch für einen „fairen Wettbewerb um die bessere Lösung“ der Finanzprobleme. „Da sind wir in Mecklenburg-Vorpommern gar nicht schlecht aufgestellt“, sagte Jäger und verwies auf den Haushaltsentwurf 2008/2009. Die Unionsfraktionschefs der Länder seien sich kürzlich einig gewesen, dass am Solidarpakt II nicht gerüttelt werden solle. Das habe auch die so genannte „Große Fraktionsvorsitzendenkonferenz“ einstimmig zum Ausdruck gebracht. „Auch das war vorher, zumindest verbal, von dem einen oder anderen infrage gestellt worden“, erinnerte er.

Der FDP-Fraktionschef **Michael Rooff** wandte sich gegen „Denkverbote“. Bei der Laden-



Volker Schlotmann (SPD)



Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff



Professor Dr. Wolfgang Methling (DIE LINKE)

öffnung und dem Nichtrauchererschutz habe sich das föderale System bewährt. Bei den Finanzen müsse in Deutschland gelten: „Wer bestellt, bezahlt.“ Bei einer Staatsverschuldung von insgesamt 1,5 Billionen Euro gelte: „Wir haben alle in den letzten Jahren auf Kosten der kommenden Generation gelebt.“ Das Thema Generationengerechtigkeit werde zu wenig angesprochen. Es müsse Ansatz der Föderalismusreform II sein, diese Gerechtigkeit wiederherzustellen. Die Generation, die Geld ausgibt, müsse auch dafür sorgen, dass sie nicht solche Altlasten in die nächste Generation hineinträgt, „dass die nächste Generation so wenig Luft zum Atmen hat, dass es ihr keinen Spaß mehr macht, sich in der Gesellschaft zu bewegen.“ Die FDP sei für mehr Transparenz in den Finanzbeziehungen.

Der Zusammenhalt der Länder hängt nach Auffassung des NPD-Abgeordneten **Stefan Köster** „sowieso nur noch am seidenen Faden“ und drohe zu zerbrechen. „Arme gegen Reiche“ – die Föderalismusreform II führe offenbar eine Kehrtwende in der Beziehung der Länder herbei. „Unter dem harmonischen Namen ‚Modernisierung der Bundesländer-Finanzierung‘ verbirgt sich der größte Verteilungskampf in der Geschichte der Bundesrepublik“, sagte er. Unbeteiligte würden „zu Recht“ den Eindruck erhalten, dass der Wettbewerb unter den Ländern auf einem freien Markt beginnt. Doch der werde nicht von allein für Gerechtigkeit sorgen. „Unser kleines und wunderschönes Land wird, wenn sich die bisherigen Verhandlungen so fortsetzen, in einigen Jahren nicht mehr existieren“, mutmaßte er.

Die ostdeutschen Länder hätten in der Regel alle die gleichen Probleme zu lösen, sagte **Rudolf Borchert** (SPD). „Da sind Stichworte wie demografische Entwicklung, insbesondere Verlust von Bevölkerung durch Abwanderung, der Solidarpakt II läuft 2019 aus, die EU- und Strukturfondsförderung wahrscheinlich 2013.“ Das Entscheidende sei, dass die ostdeutschen Länder nur etwa 40 Prozent des Steueraufkommens aus eigener Kraft erzielen. Das werde sicherlich auch in den nächsten Jahren noch so bleiben. „Das heißt, die ostdeutschen Länder sind, das mag man bewerten, wie man will, ganz nüchtern betrachtet, relativ finanzschwach.“ Die neuen Länder hätten gemeinsame Interessen. Dazu gehöre auch, dass der Solidarpakt II nicht infrage gestellt werde.

Die Diskussion zur Föderalismusreform II zeigt nach Auffassung des CDU-Politikers **Mathias Löttge** „sehr deutlich“, dass es durchaus eine parteiübergreifende Diskussion sei, keine zwischen ostdeutschen Bundesländern oder neuen Bundesländern und alten Bundesländern, sondern zunehmend zwischen Geber- und Nehmerländern und damit zwischen vermeintlich armen und reichen Ländern. Bei einer Verschuldung in Deutschland von 1,5 Billionen Euro bestehe dringend Handlungsbedarf. Mecklenburg-Vorpommern habe mit der Eindämmung der Neuverschuldung auf Null schon recht gut reagiert. Ziele der Föderalismusreform II sollten auf jeden Fall sein, die Wirtschaftskraft in den Ländern zu erhöhen, für ausgeglichene Verhältnisse zu sorgen und den Länderfinanzausgleich auch zukünftig solidarisch zwischen den Bundesländern zu gestalten.



Mathias Löttge (CDU)



Rudolf Borchert (SPD)



Dr. Armin Jäger (CDU)



Michael Roöf (FDP)



Stefan Köster (NPD)

Volksinitiative gegen Rechtsextremismus

Kontroverse Diskussion
im Landtag

Die Volksinitiative gegen Rechtsextremismus, die von mehr als 17.000 Menschen im Land unterschrieben wurde, erhitze am 11. Juli die Gemüter im Landtag. Die Initiative zielt auf eine Änderung der Landesverfassung, um die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts besser unter Strafe stellen zu können. Zudem soll das Wirken von Vereinigungen, welche die Menschenwürde angreifen, eingeschränkt werden können. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Die NPD stimmte gegen die Überweisung.

„Die Ziele der Volksinitiative stimmen hundertprozentig mit unseren Vorstellungen überein“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Norbert Nieszery**. Er hoffe auf eine Änderung der Landesverfassung in einer grundgesetzgemäßen Formulierung. Redner von CDU und FDP und auch Justizministerin **Uta-Maria Kuder** äußerten Bedenken, dass Forderungen der Volksinitiative mit dem Grundgesetz vereinbar sind. So könne das Grundrecht auf die Bildung von Vereinigungen berührt sein, hieß es. Die Ministerin lobte die Volksinitiative dafür, dass sich Menschen gegen Extremismus positioniert haben. „Es ist wichtig, deutlich Stellung zu beziehen.“ Jedoch müsse sich dies auf allen Extremismus, von rechts wie von links, beziehen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, **Gino Leonhard**, hält eine Verfassungsänderung nicht für nötig, um Extremismus zu bekämpfen. Volksverhetzung sei bereits strafbar, und verfassungsfeindliche Organisationen könnten auch jetzt theoretisch verboten werden, sagte er. „Wir brauchen keine weiteren verfassungsrechtlichen Normen, wir müssen die bestehenden Gesetze vielmehr strikt und schnell durchsetzen.“

Der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, **Peter Ritter**, verteidigte das Ansinnen der Volksinitiative. DIE LINKE hatte die Initiative maßgeblich mit vorangetrieben. „Es geht den Initiatoren darum, in der Landesverfassung eine sichere Rechtsgrundlage zu schaf-

fen, um dem grassierenden militanten und aggressiven rechtsextremistischen Treiben wirksam zu begegnen“, sagte er und sprach sich für ein Verbot der NPD aus. „Sie ist der entscheidende organisatorische Arm des Neonazismus.“

Der Linken gehe es nur darum, die NPD aus dem Weg zu schaffen, monierte **Michael Andrejewski** (NPD). Die Partei wolle damit Mecklenburg-Vorpommern zu einer kleinen DDR machen.

Braunkohleabbau in Grieser Gegend

Einstimmiges Votum
gegen Eingriff in die Natur

Der Landtag hat am 11. Juli einstimmig den Abbau von Braunkohle bei Lübtheen im Kreis Ludwigslust abgelehnt.

„Wir wollen den Abbau nicht“, sagte Umweltminister **Dr. Till Backhaus** und verwies auf die Bedeutung von Arten-, Klima- und Naturschutz für die Region. Große Heidekomplexe und Tiere wie die Heidelerche seien selten in Europa und dürften nicht gefährdet werden. Der Braunkohletagebau würde das Landschaftsbild in der Griesen Gegend gravierend verändern. Der geplante Raubbau an der Natur „bedroht unsere Existenz“, betonte er. Der Raum Lübtheen dürfe nicht länger in den Negativschlagzeilen stehen.

Auch Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** sprach sich gegen eine Förderung der in der Griesen Gegend lagernden Diatomeenkohle aus, die einen niedrigen Heizwert habe, deren Aschen aber in der Industrie vielseitig verwendbar seien. Das Bergamt in Stralsund habe einer Verlängerung der Ende 2005 ausgelaufenen Erkundungserlaubnis für das Unternehmen Mibrag nicht zugestimmt. Den Widerspruch der Mibrag werde das Bergamt auch zurückweisen.

Sigrun Reese (FDP) schränkte ein, das Landtagsvotum bedeute kein endgültiges Ende der Abbaupläne. Aber es sei ein wichtiger Schritt in die Richtung. Die Errichtung eines Tagebaus käme einer Naturkatastrophe gleich, da die Region gerade im Tourismus-Bereich gute Zuwachsraten verzeichne.

Birgit Schwabs (DIE LINKE) begrüßte vor allem, dass „heute endlich der gemeinsame Antrag der demokratischen Fraktionen auf dem Tisch liegt“. Bereits zu DDR-Zeiten habe es Erkundungen des Vorkommens gegeben.

Sie erwarte von der Landesregierung ein klares Votum gegen den Abbau. Zumal Teile des Erkundungsfeldes als so genannte FFH-Gebiete mit einmaligen Lebensräumen gemeldet seien, sagte sie.

Wolfgang Waldmüller (CDU) verwies ebenfalls auf die gravierenden Folgen, die der Tagebau für die Region hätte. „Das wäre ein massiver Einschnitt in die Natur. Gigantische Flächen werden beansprucht, Dörfer und Städte müssten weichen.“ Ein klares politisches Zeichen sei wichtig für die Bevölkerung dort. Deshalb müsse der Landtag seine Zustimmung zum Abbau verweigern.

Bisher habe es nur Kaffeekränzchen und Lippenbekenntnisse der „demokratischen Versagerparteien“ gegeben, sagte NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs**. Seine Partei werde weiter gegen den „US-Konzern Mibrag“ kämpfen.

Die SPD-Abgeordnete **Dr. Margret Seemann**, die aus der Griesen Gegend stammt, warf der NPD eine „vordergründige“ Protestpolitik vor. Auch sie sprach sich gegen den Tagebau aus. Es sei „unsinnig“, eine Region mit intaktem Gleichgewicht zu zerstören, nur um minderwertige Rohstoffe zu gewinnen. Sie forderte, verstärkt alternative Energiequellen zu nutzen. Der Tagebau bedeute in ihren Augen einen Verlust von Lebensqualität und hätte einen weiteren Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung zur Folge.

STICHWORT

Diatomeenkohle

Gemisch aus Braunkohle und Diatomeen (Schalen von Kieselalgen). Wegen dieser Zusammensetzung ist Diatomeenkohle für die Energiegewinnung von minderwertiger Qualität (60 Prozent Heizwert im Vergleich zu reiner Braunkohle). Die energetische Verwendung allein ist deshalb nicht lukrativ. Ein Abbau wird erst im Zusammenhang mit der Weiterverwertung der Verbrennungsrückstände wirtschaftlich. Die Asche besteht zum Großteil aus Kieselgur und ist deshalb vielseitig verwendbar. So kann sie zum Beispiel Schadstoffe aus Gasen filtern oder als Isoliermaterial verwendet werden. Das Diatomeenkohle-Vorkommen bei Lübtheen wurde bereits in den 70er und 80er Jahren durch die DDR erkundet.

Rauchverbot in M-V

Landtag beschloss Gesetz zum Nichtraucherschutz

Als eines der ersten Bundesländer verbietet Mecklenburg-Vorpommern vom 1. August an das Rauchen in Schulen, Krankenhäusern, Behörden und vielen anderen öffentlichen Gebäuden. Vom kommenden Jahr an ist der Tabakgenuss auch in Gaststätten untersagt. Allerdings dürfen dort speziell gekennzeichnete Raucherräume eingerichtet werden. Das hat der Landtag vor der Sommerpause am 11. Juli mit großer Mehrheit beschlossen.



In Mecklenburg-Vorpommern raucht nach Angaben von Sozialminister **Erwin SELLERING** jeder Dritte. Das sei bundesweit ein Spitzenwert, be-

klagte er. Mecklenburg-Vorpommern wolle sich mit einem umfassenden Nichtraucherschutz aber weiter als Gesundheitsland profilieren. SELLERING kündigte an, Projekte gegen das Rauchen zu unterstützen und Hilfen beim Ausstieg anzubieten. Für Lehrer gebe es bereits Seminare „Auf dem Weg zur rauchfreien Schule“. Mit Blick auf den Schutz von Kindern in Raucherhaushalten sagte SELLERING, er hoffe auf ein Umdenken in der Gesellschaft hin zu mehr Rücksichtnahme. Im Nordosten lebten rund 30 Prozent der unter Zehnjährigen in Raucherhaushalten. Wie in Familien könne der Staat auch beim Rauchen in Wohnungen nicht regelnd eingreifen. Viele Menschen fühlten sich aber durch Tabakrauch aus Nachbarwohnungen und -balkonen belästigt. Dort seien „kluge Lösungen“ gefragt. „So ist es denkbar, dass kommunale Wohnungsgesellschaften vielleicht Nichtraucherhäuser ausweisen“, schlug der Minister vor.

Das Gesetz für Mecklenburg-Vorpommern sieht empfindliche Strafen vor: Raucher, welche die Verbote ignorieren, müssen mit bis zu 500 Euro Geldbuße rechnen. Gastwirten und anderen Hausherrn, deren Gebäude von Rauchverboten betroffen sind, drohen bei Nichteinhaltung der Vorschriften bis zu 10.000 Euro Strafe. Die Bußgeldregelung gilt allerdings erst ab August nächsten Jahres.

Der oppositionellen FDP sind die Bußgelder zu hoch, die Mehrheit der Fraktion enthielt sich bei der Abstimmung. „Die Höhe der Bußgelder ist völlig unangemessen und nicht

akzeptierbar“, sagte FDP-Fraktionschef **Michael ROOLF**. Ein Änderungsantrag seiner Fraktion, der unter anderem Ausnahmeregelungen zur Einrichtung von Rauchergaststätten vorsah, wurde abgelehnt.

Änderungsanträge der LINKEN scheiterten ebenso wie die der NPD. Mehrere Enthaltungen gab es auch bei der größten Oppositionsfraktion, der LINKEN. Deren gesundheitspolitische Sprecherin **Dr. Marianne LINKE** kritisierte, dass in das Rauchverbot nicht auch die Gelände von Krankenhäusern und die Strände einbezogen sind. Die Möglichkeit, abgeschlossene Raucherräume einzurichten, bezeichnete sie als „Zugeständnis an die Tabaklobby“.

Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Günter RÜHS**, verteidigte das Gesetz. Es sehe einen weit reichenden Schutz der Nichtraucher vor den Folgen des Passivrauchens vor, sagte er. Jährlich sterben an den Folgen von Tabakqualm in Deutschland mehr als 3300 Nichtraucher, betonte er.

Das neue Gesetz strotze vor Bürokratie, deshalb lehne es seine Fraktion ab, sagte **Stefan KÖSTER** (NPD). Es sei zu befürchten, dass kleine Gaststätten nun kaputtgehen würden.

Die SPD-Fraktion und mit einer Enthaltung auch die CDU-Fraktion stimmten dem Nichtraucherschutzgesetz komplett zu, die rechts-extreme NPD lehnte es ab.

Von August an gelten Nichtraucherschutzgesetze auch in Niedersachsen und Baden-Württemberg. In Hessen tritt ein entsprechendes Gesetz am 1. Oktober in Kraft.

Rauchverbot in M-V ab 1. August

- Behörden von Land und Kommunen sowie im Landtag
- Schulen und deren Gelände
- Erziehungs- und Bildungseinrichtungen und deren Gelände
- staatliche Hochschulen
- Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen
- Heime (ausgenommen Einzelwohnräume)
- Sportstätten
- Kinos, Museen, Bibliotheken, Theater, Konzert- und andere Veranstaltungsstätten
- Passagierterminals der Flughäfen und Häfen
- Gaststätten, darunter auch Diskotheken (ab 1. Januar 2008)

Klassenfahrten zu Gedenkstätten

Landtag beschloss auch Fortbildung der Lehrer

Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten und Gedenkort für staatliche Willkür nach 1945 werden künftig vom Land finanziell unterstützt. Das hat der Landtag auf seiner Sitzung am 11. Juli mit Stimmen aus allen Fraktionen beschlossen.



Im Rahmen eines gemeinsamen Schülerprojekts der Landtage Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück sprachen Jugendliche aus Anklam und aus Falkenberg/Elster mit der Holocaust-Überlebenden Batsheva Dagan.

Die Abgeordneten folgten damit einer Empfehlung des Bildungsausschusses. Dessen Vorsitzende **Ilka LOCHNER-BORST** forderte das Bildungsministerium auf, Begleitkonzeptionen zu erarbeiten. Jährlich seien 120.000 Euro nötig, um jedem Schüler in Klasse 8 bis 10 ein Mal eine Gedenkstättenfahrt zu ermöglichen, sagte Bildungsminister **Henry TESCH** in der Debatte. Das Geld soll aus verschiedenen Haushaltstiteln gebündelt werden. Der Minister kündigte Fortbildungen für Lehrer ab dem Herbst an, um die pädagogische Einbindung der Klassenfahrten zu garantieren. Gefördert werden sollen Gedenkstättenfahrten vom zweiten Schulhalbjahr 2007/08 an.

Die Förderung der Exkursionen geht auf einen Antrag der oppositionellen LINKEN zurück. Deren Forderung nach Zuschüssen für Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten war im Bildungsausschuss erweitert worden, so dass auch Gedenkort für die Geschichte nach 1945 einbezogen sind.

Neue Verwaltungsreform bis 2011 geplant

Dringlichkeitssitzung mit kontroverser Diskussion

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat am 24. August mit einer Dringlichkeitssitzung die Debatte um die künftige Verwaltungsstruktur des Landes neu gestartet. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider berief die Sondersitzung auf Antrag der Oppositionsfraktionen von FDP und LINKE ein, die die nötige Anzahl von Unterstützungsunterschriften vorlegten. FDP und LINKE reagierten mit ihrem Antrag auf das Urteil des Landesverfassungsgerichtes, das Ende Juli das 2006 beschlossene Verwaltungsmodernisierungsgesetz beanstandet hatte. Nun muss der Landtag nach Möglichkeiten einer verfassungskonformen Reform suchen.

Die offenen Fragen nach dem Stopp der Reform verlangten nach schnellen Antworten, erklärte FDP-Fraktionschef **Michael Roof**. Er forderte eine stärkere Beteiligung der Bürger und des Parlamentes an der Reform. Mit Blick auf die rechtsextremistische NPD warnte er jedoch: „Wir sollten uns nicht gegenseitig beschimpfen.“ Seine Fraktion wolle eine Neuausrichtung der Enquete-Kommission zur kommunalen Selbstverwaltung durchsetzen. Die FDP hatte beantragt, der Kommission einen neuen Auftrag und den Spitzenvertretern der kommunalen Verbände ein Stimmrecht zu geben. Das lehnte das Parlament aber mit großer Mehrheit ab.

Auch ein Antrag der Linksfraktion, wonach die Regierung dem Landtag noch im September ein Rahmenkonzept für die neue Reform vorlegen sollte, lehnte das Parlament mit den Stimmen der Großen Koalition ab. „Der Reformdruck nimmt weiter zu“, warnte **Gabriele Mestan** (DIE LINKE), die den Antrag ihrer Fraktion einbrachte. Derzeit gebe es zur notwendigen und umfassenden Modernisierung der Verwaltung keine schlüssige Konzeption. Sie sprach sich gegen eine Verschiebung der Kreisgebietsreform „weit über das Jahr 2009“ aus.

Die SPD/CDU-Koalition wolle noch „in dieser Legislaturperiode“ eine Neuauflage der Verwaltungsreform auf den Weg bringen, kündigte Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff** an. Im ersten Quartal 2008 wolle die Regierung dem Landtag Leitlinien für die Reform zur Diskussion vorlegen. Auf diesen Zeitplan habe sich das Kabinett unmittelbar nach dem Verfassungsgerichtsurteil verständigt.

„Das Urteil war natürlich eine große Enttäuschung“, gestand Sozialminister **Erwin Sellering** ein, der sich als Abgeordneter der SPD-Fraktion zu Wort meldete. Die Situation im Land habe aber eine „mutige Lösung“ erfordert. Selbst die Gegner des Vorhabens hätten den Reformbedarf erkannt. Eine weitgehende Verwaltungsreform werde wohl nie

im Einverständnis aller Beteiligten durchgesetzt werden können. „Wir sind jedenfalls weiter konstruktiv dabei“, versicherte er.

„Dem Ehrenamt ist nicht Genüge getan worden“, kritisierte Landtagsvizepräsident **Hans Kreher**. Er habe Erfahrungen als Bürgermeister gesammelt. „Da, wo die Selbstverwaltung gut ist, gibt es auch Erfolge für die Kommunen“, sagte der FDP-Politiker. Das müsse bei dem neuen Reformvorhaben unbedingt beachtet werden.

Jürgen Seidel (CDU) hob hervor, dass die CDU „nie Zweifel an der Notwendigkeit der Reform“ gehegt habe. Er warnte davor, sich vorschnell auf die Anzahl der künftigen Kreise festzulegen. „Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens“, betonte er.

Nach Überzeugung von Linksfraktionschef **Prof. Dr. Wolfgang Methling** sind die Vorarbeiten für die letztlich gescheiterte Reform eine „brauchbare Basis“ für das neue Konzept. Man fange jetzt nicht bei Null an. Von der Sondersitzung müsse das Signal ausgehen, dass „dieser Landtag einen schädlichen Reformstau vermeiden und schnellstmöglich“ die notwendigen Schritte für das Vorhaben einleiten will.

Michael Andrejewski (NPD) bezeichnete die Sondertagung als „völlig überflüssige Parodie auf eine Landtagssitzung“. Das Urteil der Greifswalder Richter zeige die Grenzen für die Reform und die Gebrauchsanweisung für eine neue. Damit müsse man sich gründlich auseinandersetzen.

Innenminister **Lorenz Caffier** betonte, dass es „natürlich das Recht der Opposition“ sei, eine Sondersitzung zu initiieren. „Aber alles, was ich heute gehört habe, hätte auch auf der nächsten regulären Sitzung vorgetragen werden können.“ Er hob dennoch den Handlungsdruck hervor, der durch die demographische Entwicklung entstehe. Mit jedem wegziehenden Einwohner gingen dem Land pro Jahr 2.300 Euro an Finanzzuweisungen verloren. „Die Landesregierung ist nicht in

der Lage, neues Geld zu drucken, um dieses den Kommunen in unerschöpflichen Maße zur Verfügung zu stellen“, sagte Caffier. „Wir werden um Kompromisse ringen müssen“, sagte er. Von der „kommunalen Familie“ erwarte er „Bereitschaft zum Konsens“.

Heinz Müller (SPD) kritisierte unter anderem, dass das Verfassungsgericht keine klaren Linien vorgegeben habe, etwa zur Größe der Kreise. „Es war ein vernünftiger und mutiger Schritt“, verteidigte er im Nachhinein das Reformmodell von Rot/Rot. Er warnte nun vor schnellen Lösungen. „Wir haben einen komplexen Diskussionsprozess vor uns“, sagte er. Bis 2009 werde die Frage der neuen Kreisstrukturen wohl nicht gelöst sein.

Sebastian Ratjen (FDP) betonte, das Land brauche dringend eine Verwaltungsreform. Aber die dürfe nicht nach Art von Kolonialmächten durchgesetzt werden. Er forderte, die Landesregierung müsse mehr auf Freiwilligkeit der Kommunen statt auf Zwangsmaßnahmen setzen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Dr. Armin Jäger** betonte, die Landesregierung sei mit ihrer Arbeit bereits weiter, als die Antragsteller verlangten. Nun werde aber Zeit benötigt. „Ich hatte gehofft, dass wir bis 2009 das neue Modell haben. Aber das ist nicht zu schaffen.“

Udo Pastörs (NPD) sieht in dem nun hinfälligen Gesetz zur Verwaltungsreform ein „hochgiftiges Gebilde“, mit dem das kommunale Ehrenamt „massiv gefährdet“ gewesen sei. Er warf der Regierung „Unvermögen“ vor.

Gino Leonhardt (FDP) forderte einen „breit angelegten und sofort beginnenden Prozess“ der Neuaufstellung des Gesetzes. Die FDP sei nicht gegen die Zusammenfassung von Gebiets- und Funktionalreform, aber für eine breite öffentliche Beteiligung. Das Land brauche einen Wettbewerb der besten Lösungen für eine Reform.

Das Urteil

Das Landesverfassungsgericht hat am 26. Juli die für 2009 geplante Kreisgebietsreform für verfassungswidrig erklärt. Sie verstoße gegen das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Zudem kritisierten die Richter den mangelnden Abwägungsprozess im Gesetzgebungsverfahren. Elf Landkreise, vier kreisfreie Städte und 24 Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion hatten gegen das im April 2006 beschlossene Gesetz geklagt.

Mehr Selbstständigkeit für Schulen

Landtag diskutiert Konzept für mehr Eigenverantwortung

Bildungsminister Henry Tesch (CDU) hat am 12. Juli im Landtag seinen Kurs für mehr Selbstständigkeit der Schulen gegen Kritik von der Opposition verteidigt. Vom Schuljahr 2008/2009 an sollen die rund 600 staatlichen allgemeinbildenden Schulen im Nordosten größere Freiheiten bei ihrer Unterrichtsgestaltung, bei der Mittelbewirtschaftung und bei Vereinbarungen mit außerschulischen Partnern sowie mehr Personalbefugnisse erhalten. Die FDP forderte eine Abkehr vom Lehrpersonalkonzept, DIE LINKE kritisierte eine zeitliche Lücke nach Auslaufen des Modellprojekts, und die SPD sprach sich für die Ausdehnung des Konzepts auf mehr Schulen aus. Landtags-Nachrichten dokumentieren nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Marc Reinhardt, CDU:

„Modellprojekt erfolgreich“



„ [...] Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, dass die Erfüllung des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages nur mithilfe einer Detailsteuerung über Lehrpläne,

Verordnungen und Erlasse erreicht werden kann. [...] Leistungsvergleiche wurden tabuisiert und Leistungsunterschiede totgeschwiegen. [...]

Endlich diskutieren wir über die großen Leistungsunterschiede, die sowohl zwischen Regionen als auch zwischen einzelnen Schulen bestehen, und die damit verbundenen Ungerechtigkeiten für Lebenschancen junger Menschen. Das enorme Gefälle in der Leistungsfähigkeit von Schulen und Schülern [...] ist alarmierend wie das insgesamt bescheidene Abschneiden im internationalen Leistungsvergleich [...]

Das Modellvorhaben „Mehr Selbstständigkeit für Schulen“ war eine Konsequenz aus dem schwachen Abschneiden unserer Schü-

ler bei der PISA-Studie. 20 Schulen des Landes starteten im Schuljahr 2004/2005 das Projekt. Sie übernahmen eigenständig die Aufgabengestaltung von Arbeitsfeldern wie Personalmanagement, Unterrichtsgestaltung, Unterrichtsorganisation, Mittelbewirtschaftung sowie inner- und außerschulische Partnerschaft. [...]

Das nun zum Schuljahresende auslaufende Modellprojekt [...] wurde mit viel Kreativität und Engagement an den ausgewählten Schulen [...] durchgeführt. Wer sich mit den betreffenden Schulleitern oder Lehrern und [...] mit Schülern der entsprechenden Schulen unterhalten hat, wird festgestellt haben, dass fast durchgängig bei dem Projekt von einem Erfolg gesprochen wird. Und auch in der abschließenden Pressekonferenz zu diesem Modellvorhaben in Hasenwinkel waren sich die Anwesenden darüber einig, dass sich die Teilnahme an dem Modell gelohnt hat.

Mit unserem [...] Antrag möchten wir die Landesregierung auffordern, alle Ergebnisse und Daten des Projekts zusammenzutragen. Darüber hinaus fordern wir, [...] darzulegen, welche Konsequenzen die Landesregierung zur Stärkung der Einzelschule zieht. [...] Ich bitte Sie [...] um Unterstützung für unseren Antrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Andreas Bluhm, DIE LINKE:

„Eine Schule ist kein Wirtschaftsbetrieb“



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dies ist nun der zweite Berichtsbeitrag der Koalitionsfraktionen in dieser Landtags-sitzung zu Fragen der Bildung, diesmal von der CDU. Beide Anträge unterscheidet nur:

Der jetzt zu behandelnde Antrag ist noch substanzloser und deshalb auch überflüssig. Es fragt sich, wozu die Landesregierung berichten soll, wenn der Minister in seiner Presseerklärung vom 27.06. auf drei Seiten aus-

führlich die Ergebnisse des auslaufenden Modellversuchs „Mehr Selbstständigkeit von Schulen“ bilanziert, die nächsten Schritte zur Einführung nennt und zehn Merkmale einer selbstständigen Schule definiert. Die nächsten Schritte zur Einführung für das Schuljahr 2007/2008 werden laut Minister vorrangig, oder sollte ich besser sagen, ausschließlich, die Schulleiterinnen und Schulleiter betreffen [...] Feststellung in der Presseerklärung: „Mehr Selbstständigkeit in Schulen stellt erweiterte Anforderungen an den Schulleiter. Er wird zum Manager, der neben dem Unterricht auch eine erweiterte Verantwortung für seine Lehrer hat.“ Mal abgesehen davon, dass diese Anforderungen auch für Schulleiterinnen und die Verantwortung auch für Lehrerinnen gilt, habe ich beim Begriff „Manager“ doch so einige Bauchschmerzen. Genau das sollten Schulleiter oder Schulleiterinnen eben nicht allein sein. Eine Schule ist

kein Wirtschaftsbetrieb und sie darf auch nicht so geführt werden.

(Beifall Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sollte man so ein Modell favorisieren, dann müsste man privatisieren. Bezogen auf ein weiterhin staatlich verantwortetes Bildungssystem sollte deshalb mit Begriffen aus der Wirtschaft doch eher sparsam umgegangen werden.

Meine Damen und Herren, mit dem letzten Satz der Begründung wird der Modellversuch „Mehr Selbstständigkeit von Schulen“ zum Ende des Schuljahres 2006/2007 beerdigt. Statt weiterzumachen, wird den Modellschulen der Titel „Selbstständige Schule“ verliehen, der auf einer Tafel an der Schule angebracht wird. Ich frage Sie: Was sind denn das jetzt noch für selbstständige Schulen? Sie be-

kommen nicht mehr die gleichen Finanzmittel, nicht mehr die gleichen Gestaltungsmöglichkeiten. Der Titel dieses Schildes müsste folglich heißen: Wir waren eine selbstständige Schule. *(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Richtig.)*

Konsequent wäre es gewesen, diese Schulen weitermachen zu lassen und dann schrittweise neue Schulen hinzuzugewinnen [...] Nun wird trotzdem abgeschafft, um später wieder einzuführen [...] In der Begründung zu Ihrem Antrag schreiben Sie: „Ziel sind stabile Lehrerkollegien, höhere Identifikation mit der eigenen Schule und besseres Lehren und Lernen für Lehrer und Schüler.“ Ich meine, dass Lehren und Lernen als zentrales Ziel zuerst zu nennen wären. Die genannten Ziele sind doch an den 20 Modellschulen schon weitgehend Realität. Wie hoch allerdings

mag die Motivation dieser Schulen sein, die jetzt ihre Erfahrungen und Ergebnisse praktisch als historische Replik an die anderen Schulen weitergeben sollen? Damit bekommt das Märchen von Hase und Igel eine ganz eigene mecklenburgisch-vorpommersche Variante, denn der Igel müsste nun neu eigentlich sagen: Ich war schon mal da. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da wir einen Tag vor dem Schuljahresende sind, möchte ich mich bei den Lehrerinnen und Lehrern, bei den Erzieherinnen und Erziehern dieses Landes, die den Schulversuch „Selbstständige Schule“ bestritten haben, aber auch bei allen anderen Kolleginnen und Kollegen für die Mühen des täglichen Schulalltags herzlich bedanken und ihnen allen erholsame Ferien wünschen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

Heike Polzin, SPD:

„Flächendeckende Einführung braucht Zeit“



„[...] Wenn wir uns beim Thema „Selbstständige Schulen“ umgucken, wissen zumindest alle, die schon länger hier im Haus sind, dass das unser Baby war und dass wir sehr gerne wollten, dass hier ein vernünftiger Versuch gestartet wird, den Schulen mehr Spielräume zu lassen, Spielräume, die ausgefüllt werden können, die aber auch ihre Grenzen haben. Die ihre Grenzen haben in der hoheitlichen Aufgabe von Bildung und in den Rahmenbedingungen, die unter anderem durch das Lehrpersonal-konzept von uns selbst geschaffen wurden. Und wenn wir uns jetzt auf der anderen Seite ganz heftig beklagen, dass das, was für gut befunden wurde [...] nicht weitergeführt wird, so war dies hier doch ein Versuch, bei dem es sich lohnt, ihn flächendeckend auszudehnen, in gewissen Grenzen, aber auch unter Berücksichtigung bestimmter Rahmenbedingungen.

Und sind wir doch mal ganz offen: Die besonderen Bedingungen dieser 20 motivierten Schulen, die sich in Bewerbungsverfahren schon als Kollegien dazu verpflichtet hatten, ja, wir wollen dieses Thema angehen, wir sind auch bereit, dafür eine ganze Menge zu investieren, nämlich an Ideen, an Engagement, an zusätzlicher Arbeit – das waren 20 Schulen, 21 Bewerbungen –, sagen uns doch auch ganz deutlich, dass das von innen heraus wachsen muss. Das ist ein vernünftiger Anfang gewesen. Die Begleitung der Schulen erfolgte im Übrigen mit dankenswerter Unterstützung vonseiten der Wirtschaft, das muss man an dieser Stelle auch mal erwähnen, die das Projekt wirklich wunderbar unterstützt hat [...] und das auch weiterhin tun wird.

Wenn man am Ende dieses Prozesses sagt, das ist der richtige Weg, dann muss es immer noch möglich sein nachzudenken, in welchen Schritten wir das Ziel erreichen. Jedermann, der den Koalitionsvertrag gelesen hat, weiß, dass wir uns dazu als Koalitionspartner geäußert haben. Das Ziel ist die flächendeckende Einführung. Und trotzdem weiß jeder, der sich ein bisschen dort auskennt, dass das seine Zeit braucht. Denn dieser Motivationsweg, der von innen kam und der gesagt hat, wir wollen dies als Kollegium, ist aus meiner Sicht eine unabdingbare Voraussetzung, damit das Ganze ein Erfolg wird. Und ich sage es mal in Klammern: Ich hätte mir als nächsten realistischen Schritt gewünscht, dass man in einem ersten Schritt die Anzahl der Schulen verdoppelt, dass man aus 20 möglichen Modellschulen 40 macht, *(Beifall Jörg Vierkant, CDU – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Zum Beispiel. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das wäre doch was.)*

dass man zum Beispiel sagt, das erworbene Know-how der Modellschulen muss hier weitergegeben werden in einem überschaubaren Rahmen.

Ich habe sehr engen Kontakt mit einigen Modellschulen und gerade mit einer bei mir im Bereich. Ich kann deshalb sagen, das, was dort gewachsen ist, ist etwas, was bewahrt werden muss. Aber ich habe nicht bemerkt, dass ministerielles Handeln darauf ausgerichtet war,

dies nicht zu tun. Ich habe das ganz deutliche Signal – und für mich auch glaubwürdig – vernommen, dass an der Strecke weitergearbeitet wird. Und es ist ein völlig richtiger Weg, zumindest eins zu machen, und zwar die Schulleiter als Multiplikatoren einzusetzen. Dagegen ist nichts einzuwenden.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Richtig. Das habe ich auch nicht.)

Und es ist auch ein völlig richtiger Weg, darüber nachzudenken, wie man die Rahmenbedingungen, die nun etwas besonders waren für die Modellschulen, das muss man auch mal kundtun, setzt.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Auch richtig.)

Das Hauptproblem, nämlich stabile Lehrerkollegien zu schaffen, war nur dadurch zu realisieren, dass man die Kollegen an diesen Schulen für die Dauer des Modellversuches dort halten konnte.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja.)

Zum zweiten Teil der Wahrheit gehört, dafür mussten die Schulen drum herum das kompensieren,

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

indem die nämlich noch mehr auf die Reise geschickt wurden, um das ganze Tableau, das wir

mit dem Lehrpersonalkonzept und mit dem Problem der Fachlichkeit – darum geht es ja hier letztendlich – doch immer noch haben, zu halten.

Und, Herr Bluhm, Sie wissen genauso gut wie ich, warum wir mit dem Problem Fachlichkeit immer noch keinen Schritt weitergekommen sind, der Hauptursache für den Lehrertourismus, und zwar weil das eine Sache der Tarifpartner ist und wir als Parlament nur werben konnten. Und das haben wir massiv versucht. Da bin ich mir überhaupt keiner Schuld bewusst, geschlafen zu haben, und Sie auch nicht.

Und jetzt sind wir bei einem objektiven Schema. Ich kann es diesem Minister doch nicht zum Vorwurf machen, dass der ad hoc diese Bedingungen nicht ändern kann. Die muss er jetzt einfach als gegeben zur Kenntnis nehmen und das Beste daraus machen. Ich sage Ihnen, in zwei Jahren ist das Thema Fachlichkeit schon allein deshalb im Sekundarbereich kein Problem mehr, weil da ohnehin die 66 Prozent für alle gelten. Wir sind in diesem Jahr im Doppelhaushalt schon dabei, mit zusätzlichem Geld die garantierten 66 Prozent auszufinanzieren, weil die überhaupt nicht mehr mit Unterricht abzudecken sind. Also müssen wir lieber intelligent überlegen, wie wir das Geld an den Schulen steuern müssen, damit es

beim Schüler und bei der Qualität ankommt. Darüber sollten wir uns konstruktiv streiten. Ich halte im Moment dieses Schwarze-Peter-Spiel, zu sagen, der Minister macht eine Ankündigung und er kann sie nicht umsetzen, nicht für ganz gelungen. Fakt ist, wir haben die Haushaltberatungen noch. Fakt ist auch, wir werden über manche Dinge in der Gestaltung reden müssen. Dafür wird das hier auch im Parlament liegen. Und ich glaube, wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir nicht unkritisch alle Entscheidungen hinnehmen. Wir werden auch darauf wieder aufmerksame Augen haben, aber im Moment sehe ich das Kind bei dem Thema noch nicht im Brunnen. Ich bin in der Tat sehr hoffnungsvoll, dass wir den schrittweisen Übergang in eine selbstständige Schule schaffen. Ich bin langsam an dem Punkt, wo ich darüber reden möchte, wie weit darf und sollte Selbstständigkeit von Schule gehen unter Berücksichtigung des Themas „Bildung ist eine hoheitliche Aufgabe“. Und da kommen wir in viel spannendere Diskussionen, die ich heute nicht aufmachen will. Aber ich sage, das Thema Kommunalisierung und so weiter wird uns noch schön beschäftigen. Auch damit sollten wir nicht allzu lange warten, um Entscheidungen hinzubekommen. In diesem Sinne hoffe ich einfach, dass ich zur Versachlichung des Themas ein bisschen beigetragen habe. [...]“

Modellprojekt „Mehr Selbstständigkeit für Schulen“

„Mehr Selbstständigkeit für Schulen“ ist ein vor drei Jahren durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern initiiertes Modellvorhaben für 20 Schulen unterschiedlicher Schularten, das den Schulen mehr Eigenverantwortung übertragen und damit unterschiedliche Initiativen zur differenzierten Schulentwicklung auslösen sollte. Dabei waren vier Entwicklungsschwerpunkte gesetzt: Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung, Gestaltung inner- und außerschulischer Partnerschaften, Mittelbewirtschaftung und Personalmanagement. Alle beteiligten Schulen – Grundschulen, Förderschulen, Regionale Schulen, Gesamtschulen und Gymnasien – haben umfangreiche Realisierungsinitiativen auf allen Schwerpunktgebieten entwickelt und sind zu beachtlichen Ergebnissen in der relativ kurzen Projektzeit gekommen.

Alle Projektschulen hatten als vorrangiges Ziel die Verbesserung der Unterrichtsqualität formuliert und dementsprechend eine Vielzahl

von Initiativen zur Forderung und Förderung eines jeden Schülers ausgelöst. Unter anderem ging es um die Rhythmisierung des Schulalltags, die Gestaltung eines differenzierten Ganztagsgskonzepts, die Gestaltung der Teamarbeit von Lehrern, die Projekt- und Methodenarbeit, die individuelle Förderung, gezielte Kompetenzentwicklung sowie die schulinterne Evaluation als Schlüssel für das Qualitätsmanagement für Unterricht und Schule. Besonders wertvoll sind die Erfahrungen zur selbstständigen Mittelbewirtschaftung und zur Umsetzung des zurzeit noch an bestimmte Rahmenbedingungen gebundenen Personalmanagements.

Die Erfahrungen aus dem dreijährigen Modellprojekt sollen schrittweise auf alle Schulen im Land übertragen werden. Dazu werden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, indem im Überbrückungs- und Vorbereitungszeitraum 2007/08 allen rund 600 Schulleiterinnen und Schulleitern eine Fortbildung angeboten wird, die sie mit ersten konkreten

neuen Leitungsaufgaben in einer selbstständigen Schule vertraut macht. Die 20 Modellschulen, die jetzt den Titel „Selbstständige Schule“ tragen, stehen dabei als Konsultationseinrichtungen zur Verfügung. Das L.I.S.A. hat eine inhaltliche Konzeption erarbeitet und stellt einen Dozentenpool zusammen, an dem die Modellschulen mitwirken. Minister Tesch kündigte außerdem an, die Schulleitungen auf dem Weg zu mehr Selbstständigkeit zu stärken. Dazu wird ab dem Schuljahr 2008/09 die Vollbeschäftigung der Schulleiter und ihrer Stellvertreter, die derzeit entsprechend des Lehrpersonalkonzepts in Teilzeit arbeiten, angestrebt. Außerdem arbeitet eine Stabsstelle im Ministerium derzeit an einem Konzept, das einen Wechsel von einer klassenbezogenen zu einer schülerbezogenen Zuweisung von Stunden vorsieht und ab dem Schuljahr 2008/09 wirksam werden soll.

Weitere Informationen unter www.kultus-mv.de

Hans Kreher, FDP:

„Wir müssen sachlich weiterkommen“



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Polzin, [...] wenn Sie sagen, dass Sie das Baby vor einigen Jahren geboren haben, dann möchte ich doch sagen, dass wir Liberalen diese selbstständigen Schulen schon zu Zeiten gefordert hatten, wo wir dafür noch oft beschimpft wurden. Deshalb sind wir froh, dass dieser Modellversuch so positiv gelaufen ist, weil er unsere Grundtendenz bestätigt hat, dass wir in diese Richtung gehen sollen und wollen.

Herr Bluhm, wenn Sie zum Teil dem Minister jetzt die Vorwürfe machen, der Erfolg des Modellversuchs war schon vorher sichtbar, auch die letzten zwei Jahre ist das sehr deutlich geworden, [...] ist natürlich die Frage zu stellen, warum nicht in der alten Regierung schon die entsprechenden Weichen für die Fortsetzung dieses Modellversuchs gestellt wurden.

(Heike Polzin, SPD:

Das geht nicht, Herr Kreher, das sind Haushaltsberatungen.)

[...] Es geht aber nicht darum, hier nun immer Recht haben zu wollen, sondern [...] darum, dass wir sachlich weiterkommen [...]. Und deshalb, [...] hatte ich, als ich den Antrag gesehen habe, auch noch folgende Frage: Warum jetzt dieses Verfahren, wenn der Herr Minister uns erst in der letzten Bildungsausschusssitzung einen ordentlichen Bericht darüber abgegeben hat, wie es weitergehen soll? Das habe ich nicht ganz verstanden und deshalb ist auch unser Änderungsantrag bei Ihnen eingegangen, damit wir genauer festlegen, dass es umgehend gestrichen und durch die Worte „in halbjährlichen Abständen im Bildungsausschuss“ zu ersetzen ist und dass dann festgelegt wird, wann der nächste Sachstandsbericht zu erfolgen hat.

Dass wir diesen Prozess im Bildungsausschuss immer wieder verfolgen und ihn begleiten wollen, ist, glaube ich, selbstverständlich. Dazu bräuchten wir hier keinen Beschluss. Die Koalition hat diesen Beschlussantrag gestellt. [...] Wenn die Änderungen nicht hineinkommen, werden wir uns bei der ganzen Sache enthalten und es als selbstverständlich ansehen, dass der Minister uns darüber ständig berichtet. [...]“

Marc Reinhardt, CDU:

„Alle Schulen in ihrer Handlungsfähigkeit stärken“



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zur konsequenten Entwicklung der Wissensgesellschaft, zu Investition in Bildung und zur effizienten Organisation der Bil-

dungssysteme im Land. Innerhalb dieser Aufgabenstellung ist die Weiterentwicklung der Schule ein entscheidender Schwerpunkt. Alle Schulen, ich betone ausdrücklich, alle Schulen, sollen in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt wer-

den. Deshalb sind die Bilanzierung des Modellvorhabens und die daraus abzuleitenden Konsequenzen für uns sehr wichtig. Mit dem vor Ihnen liegenden Antrag haben sich die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD verständigt, die Regierung aufzufordern, über das Modellprojekt für mehr Selbstständigkeit, mehr Eigenverantwortung und erweiterte Handlungsmöglichkeiten und Kompetenzen an Schulen zu berichten und darzulegen, welche Konsequenzen sie zur Stärkung der Einzelschulen in unserem Land ziehen.

Die Koalitionsfraktionen haben sich in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich zu mehr Eigenverantwortung an der einzelnen Schule bekannt. Die Schulen sollen mehr Kompetenz in pädagogischer, finanzieller und personeller Hinsicht und im Hinblick auf ein klares Schulprofil in Kooperation mit außerschulischen Partnern erhalten. Ziele dabei sind stabile Lehrerkolle-

gien in der einzelnen Schule, eine höhere Identifikation mit der eigenen Schule und besseres Lehren und Lernen für Lehrer und Schüler. Ich als Parlamentarier und selbstverständlich auch die teilnehmenden Schulen haben ein großes Interesse daran zu erfahren, wie es weitergeht und oder wie es nicht weitergeht mit dem Modell, von dem wir heute schon sehr oft gehört haben und das sehr erfolgreich war. Was wird übernommen? Was können wir ändern? Vor allem auch die direkt daran beteiligten Schulen, Schulleiter, Lehrer und Schüler sind sich einig: Es war anstrengend, es hat Spaß gemacht, wir haben erfolgreich gearbeitet, wir wollen weitermachen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja.)

Professor Dr. Prüb von der Universität in Greifswald hat festgestellt, dass die Förderung leistungsschwacher Schüler danach zu einer wachsenden Motivation und somit zu einer ansteigenden Lernleistung der Einzelnen und letztlich zu einem höheren Wohlbefinden in der Schule führen würde. Die Förderung leistungsstarker Schüler würde dann zu einer Verstärkung des eigenen, bereits vorhandenen positiven Wohlbefindens führen. In diesem Zusammenhang müssen Erfolgserlebnisse der Schüler pädagogisch organisiert und Leistungsanstrengungen von Schülern verstärkt stimuliert werden. Inwieweit die veränderte Unterrichtsorganisation zu veränderten Lernleistungen geführt hat,

konnte bisher noch nicht nachgewiesen werden. Die bisherigen Ergebnisse zeigen aber, dass sich die Einschätzung des Wohlbefindens an der Schule aus der Sicht der Schüler generell auf einem hohen Niveau bewegt.

Zusammenfassend hat der Erziehungswissenschaftler festgestellt, dass sich die Modellschulen auf den Weg gemacht haben, sie aber weiterhin Zeit und förderliche Rahmenbedingungen benötigen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Richtig.)

um ihre Potenziale beziehungsweise Ressourcen im Sinne einer zunehmend verbesserten Schul- und Unterrichtsqualität zu nutzen. Mehr Selbstständigkeit von Schule kann eine Bedingung zur besseren Nutzung der in ihr vorhandenen Ressourcen zur Weiterentwicklung der Ganztagschule sein.

Der Erziehungswissenschaftler stellt weiter fest, dass sich das Mehr an Selbstständigkeit an den Schulen bewährt hat. Kontinuität und Stabilität sind wichtige Bedingungen in diesem Entwicklungsprozess. Unsicherheiten und Veränderungen förderlicher Rahmenbedingungen im Verlaufe des Modellprojekts sowie der Wegfall förderlicher Rahmenbedingungen nach Beendigung des Modellprojekts können Stagnations- und Regressionsprozesse nach sich ziehen, die sich wiederum auf Erreichung einer verbesserten Schul- und Unterrichtsqualität auswirken können. Der Charakter einer selbst-

ständigen Schule ist nur dann gewährleistet, wenn die Kriterien von mehr Selbstständigkeit eingehalten und auch umgesetzt werden können.

Ich bitte Sie daher, unterstützen Sie unser Anliegen in dem Ihnen vorliegenden Antrag. Das, was bisher von allen Beteiligten erreicht wurde, soll erhalten bleiben und natürlich auch übertragen werden können auf andere Schulen. Wir unterstützen unseren Bildungsminister bei der Umsetzung der Folgemaßnahmen. Dafür brauchen wir die Unterstützung des gesamten Parlaments, aber nicht nur des Parlaments. Ein wichtiger Bestandteil ist hier auch die Unterstützung der Kommunen. Gerade im Bereich der Mittelbewirtschaftung haben wir gesehen, dass dies nur geht, wenn die Kommunen hier mitspielen. Einige haben dies getan, viele haben dies nicht getan. Nur wenn wir hier auch die Kommunen im Boot haben, werden wir es schaffen, dieses Projekt erfolgreich umzusetzen.

Den FDP-Antrag lehnen wir ab, weil wir es nicht für sinnvoll halten, alle halbe Jahr hier so einen Bericht vorzulegen.

Ich möchte zum Schluss noch einmal den Schulleitern, den Lehrern, den Schülern und auch der Arbeitgeberverband NORD-METALL danken, die dieses Modellprojekt großzügig unterstützt haben. Ich bitte um Zustimmung. – Vielen Dank.“

Minister Henry Tesch:

„Wir brauchen einen Mentalitätswandel im Denken“



[...] Ich bin Frau Polzin und Herrn Reinhardt insofern schon dankbar [...], dass Sie etwas getan haben, was genau bei diesem Thema wichtig ist, und das ist etwas, was, denke ich, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern in diesem Land nervt, dass

man einfach immer wieder Nebelraketen zündet.[...] Und noch mal: Die Binnensicht der Schulen ist in Ordnung. Die haben engagiert gearbeitet und im Grunde genommen ihre Aufgabe gut gelöst.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Richtig.)

[...] Ich habe die Hoffnung wirklich nicht aufgegeben, dass wir bei so einem Thema überfraktionell zusammenarbeiten können, denn ich sage noch einmal: Alter schützt vor Bildung nicht. Das bedeutet im Grunde genommen, dass wir uns die Finanzen anschauen müssen [...] und die Gestaltung [...]. Die Frage ist doch, dass die Schulen in vier Bereichen arbeiten sollten, und die kennen Sie. Und es gab einen Bereich, an dem sich jetzt alles hochzieht. Im Übrigen, alle drei anderen Bereiche kann man ungehemmt weitermachen. Ich wüsste nicht, warum man bei Unterrichtsgestaltung, bei Arbeit mit Partnern und bei Mittelbewirtschaftung mit den Kommunen jetzt anhalten soll,

(Beifall Ilka Lochner-Borst, CDU)

nur weil irgendeiner titelt, da wäre irgendetwas unterbrochen. Nein, es ist vielmehr so, gerade beim Punkt „Mittelbewirtschaftung mit den Kommunen“ müssen wir ernsthaft

die Kommunen ins Boot holen, weil wir aus dem Modellversuch heraus wissen, es hat eben nicht überall geklappt. Aber da, wo man sich kommunal getraut hat, hat es hervorragend geklappt. Und dann führt es dazu, dass wir beim Lehrpersonalkonzept sind. [...] Natürlich hätten wir im Falle von 20 plus 20 Schulen irgendetwas tun können. Wir sind an dem Punkt, dass wir wahrscheinlich historisch in einem Zeitfenster hängen, wo wir alle mitnehmen müssen. [...]

[...] Das Lehrpersonalkonzept steht in der Koalitionsvereinbarung [...]. Wir haben gleichzeitig einen Plan vorgelegt [...], wo diese Regierung gesagt hat, wir sind bereit, mehr Eigenverantwortung an die Schulen zu geben.[...] Aber ich habe gerade bei einem anderen Tagesordnungspunkt hier andauernd vernommen: Tarifparteien.[...] Wozu fordern wir denn jetzt im öffentlichen Dienst auf? Abschaffung von Personalräten? Das kann nicht sein. [...]

Aber wir wollen vor Ort, dass die Spielräume der Schulen rechtstaatlich erweitert werden in der Personalbewirtschaftung. Und wenn wir da übereinstimmen, dann nehme ich das auch als den Punkt in der sachlichen Zusammenarbeit.[...] Wir waren im Ausschuss schon wei-

ter.[...] Ich denke, die Überschrift muss sein, dass diese Regierung mit den Möglichkeiten, die sie in diesem Land hat, mehr vorgelegt hat an Alternativen für Schulen, und jetzt kommt es darauf an, dass auch das Parlament den Druck auf die Tarifparteien aufbaut, dieses zu unterschreiben. Dann kommen wir zu Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort.

[...] Wir sind einen Schritt weiter. Ich will Ihnen jetzt gar nicht die zehn Punkte vorstellen. [...] Ich glaube, das Wichtige, das haben Sie aber auch deutlich gemacht, ist, wir brauchen einen Mentalitätswandel im Denken.[...] Wir müssen zunächst sagen, was Schule vor Ort machen kann, was sie jetzt schon leisten kann.

[...] Wir sollten auch die Eigenständigkeit vor Ort nutzen und sagen, [...] wir können die Arbeit vor Ort deshalb stärken, weil die Schulen diese Möglichkeiten haben, mit ihren Kommunen diese Projekte anzustreben.

(Beifall Ilka Lochner-Borst, CDU)

[...] Ich glaube, dass wir viele motivierte Schulen in diesem Land haben, die darauf warten, ihre Verantwortung vor Ort wahrzunehmen. [...] Wir haben aller Voraussicht nach nur dieses eine historische Zeitfenster [...]. Das bedeutet für diesen Landtag, dass wir in der Folge darüber reden müssen, dass wir viele klei-

ne Stabstriche [...] in einer Gesetzesänderung [...] gemeinsam bereinigen müssen. [...] Dem heutigen Pressespiegel können Sie entnehmen, dass die GEW in Sachsen-Anhalt den Tarifvertrag kündigt.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Ja.)

Auf das gleiche Spiel läuft man ja hier hinaus. Gleichzeitig steht aber auch in dem Artikel, das sagt die GEW selber: „Die Gefahr, dass es zu Entlassungen im Schulbereich kommt, ist nach Ansicht der Gewerkschaft aber gering. [...]

(Ministerin Sigrid Keler: Ja.)

Das ist das nächste Theater. [...] Wenn wir das anfangen wollen und wenn wir dann das Dammoklesschwert von Kündigungen auf der anderen Seite auspacken, ich glaube, dann verstehen die Eltern es nicht mehr, dann verstehen die Schulen es nicht mehr und die Lehrer.

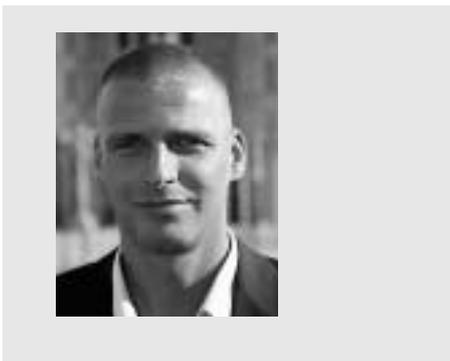
(Heike Polzin, SPD: Die erst recht nicht.)

[...] Aber wir sind uns einig, es ist diese einmalige historische Chance. [...] Ich nehme das als meine Aufforderung, dass wir überfraktionell hier wirklich im Interesse der Schulen in diesem Land etwas zustande bringen. – Herzlichen Dank.“

[...] Aber wir sind uns einig, es ist diese einmalige historische Chance. [...] Ich nehme das als meine Aufforderung, dass wir überfraktionell hier wirklich im Interesse der Schulen in diesem Land etwas zustande bringen. – Herzlichen Dank.“

Birger Lüssow, NPD:

„Verschiebung von finanzieller Verantwortung kritisch überprüfen“



„[...] Das Modellprojekt „Mehr Selbstständigkeit für Schulen“ ist [...] ausprobiert worden. [...] Sicherlich gäbe es [...] vieles zu kritisieren, was [...] durch die [...] Koalition als Bildungspolitik verkauft wurde. Ich denke hier an das [...] Schulgesetz oder die Politik der Schulschließung [...]. Auch wenn wir in vielen Bereichen andere [...] Schwerpunkte verfolgen als die Landesregierung, ist uns klar, dass ein Schlüssel zur Verbesserung der

Schulqualität eine Selbstständigkeit und größere Eigeninitiative der Schule sein muss. [...]

Selbstständigkeit und Eigeninitiative können Verbesserungen unterstützen. [...] Wenn es nicht möglich wird, dass die Lehrkräfte an [...] Schulen wieder [...] befähigt werden, sich ihren Kernaufgaben zu widmen, und wenn wir nicht auch einen Bürokratieabbau [...] vornehmen, dann haben wir lediglich die Verwaltung des Mangels [...] an die Schulen delegiert. Zur Verbesserung der Unterrichtsqualität [...] führt das nicht. [...]

Aber auch im Bereich der Mittelfinanzierung sehe ich Probleme. Es ist eine Tatsache, dass [...] im Bildungsbereich [...] eingespart wurde. Wenn ich mir die [...] finanzielle Verfassung der Kommunen [...] anschau, dann bezweifle ich, dass eine [...] Kooperation zwischen Schule und Schulträgern [...] gelingt. Bei aller Notwendigkeit der Auswei-

tung von Selbstständigkeit und Handlungsfähigkeit der [...] Schulen ist eine Verschiebung von Verantwortung [...] im finanziellen Bereich [...] kritisch zu überprüfen. [...]

Ich sehe die Gefahr der Einflussnahme der Wirtschaft auf die Schulbildung. [...] Eine Kommerzialisierung und [...] Privatisierung des Bildungswesens ist mit uns nicht zu machen.

[...] Trotz der Skepsis zu diesem Projekt, werden wir Ihrem Antrag zustimmen. [...]

(Auszüge aus dem Protokoll der Landtagssitzung am 12. Juli 2007)

Unterrichtungs- fahrt

Finanzausschuss
in Neubrandenburg

Am 28. Juni 2007 besuchte der Finanzausschuss des Landtages im Rahmen einer Unterrichtungsfahrt Neubrandenburg. Hier informierten sich die Abgeordneten im Finanzamt über die Arbeit dieser Behörde und besuchte im Anschluss die Landesschule für Körperbehinderte.

In einer zweistündigen Diskussionsrunde im Finanzamt Neubrandenburg konnte sich der Finanzausschuss davon überzeugen, dass sich die Mitarbeiter in der Steuerverwaltung nicht nur als ein Teil einer „Eingriffsverwaltung“ verstehen, sondern auch als Partner für Unternehmen und Bürger. Ihr Ziel ist es, auch beim Vollzug der Steuergesetze die für Bürger und Unternehmen angemessenen Mittel einzusetzen. Von Service und unbürokratischem Verhalten, über Unterstützung bei Problemlösungen zur Vermeidung von Insolvenzsituationen, bis hin zu einer schnellen Bearbeitung der steuerlichen Angelegenheiten führt diese neue, bewusst gehandhabte Zusammenarbeit nach Einschätzung der Mitarbeiter des Finanzamtes zu einem verbesserten Ansehen der Verwaltung.

Bei dem anschließenden Besuch der Landesschule für Körperbehinderte Neubrandenburg informierten Vertreter des Betriebes für Bau und Liegenschaften M-V (BBL) die Abgeordneten über die Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Die Schulleitung berichtete über das große Engagement und die Arbeitsergebnisse der Pädagogen, Therapeuten, pädagogischen und technischen Mitarbeiter der Schule. Dabei wurde deutlich, dass erst die Fachkompetenz der Lehrer – ausgerichtet auf die spezifischen Förderbereiche – eine umfassende Entwicklung der körperbehinderten Kinder ermöglicht. Die Schule ist Ansprechpartner sowohl für die Frühförderung als auch zur Vorbereitung mehrfach körperbehinderter Kinder auf den Schulbesuch.

Der Finanzausschuss sprach den Mitarbeitern beider Einrichtungen seine Anerkennung für ihre Arbeit aus. Er wünschte den Mitarbeitern des Finanzamtes bei der Umsetzung der neuen Ansprüche sowie der weiteren Ausprägung ihrer Eigenverantwortung und den Akteuren der Landesschule für die verantwortungsvolle Ausgestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit viel Erfolg.

Polizeieinsatz beim G8-Gipfel

Anhörung zu G 8
im Innenausschuss

Im Juni trafen sich in Heiligendamm einige der wichtigsten Politiker der Welt. Zu deren Schutz wurde um Heiligendamm und Rostock ein Polizeiaufgebot in bis dahin ungekannter Dimension zusammengezogen. Die Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels sind inzwischen aus den Schlagzeilen verschwunden. Die GegenDemonstrationen und der Einsatz von Polizei und Bundeswehr beschäftigen die Medien wie die Politik aber weiterhin.

Dabei geht es um die am Rande der Auftaktdemonstration in Rostock am 2. Juni 2007 in Brand gesetzten Fahrzeuge, um die Steinwürfe auf Polizeibeamte, um den Ersatz von entstandenen Schäden und ebenso um den Einsatz von Wasserwerfern, Zivilbeamten und Bundeswehr sowie um die Zustände in den Gefangenensammelstellen.

Innenminister Lorenz Caffier hat dem Innenausschuss des Landtages in einem gut dreistündigen Vortrag über die Sicherheitsmaßnahmen und die Demonstrationen beim Weltwirtschaftsgipfel berichtet. Ergänzend hat der

Innenausschuss unmittelbar vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause eine fast sechsstündige Anhörung mit Vertretern verschiedener Behörden und gesellschaftlicher Gruppen durchgeführt. Unter anderem kritisierten Anwaltsvereine, dass die Justiz von der Polizei vereinnahmt worden sei und Rechtsanwälte in ihrer Tätigkeit eingeschränkt worden seien. In der Anhörung wurden auch die Vorwürfe behandelt, dass die Polizei zur Eskalation beigetragen habe. Schließlich war der Bundeswehr-Einsatz Thema des Berichts des Innenministers wie auch der Anhörung.

Gleich in der ersten Sitzung nach der Sommerpause am 3. September hat der Innenausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Europa- und Rechtsausschuss die Beratungen zum Thema mit einem Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz fortgesetzt. Denn im Rahmen der Gefahrenabwehr hat die Polizei durch eine Vielzahl von Maßnahmen auch Daten erhoben, um zu klären, mit welchen Protestmaßnahmen durch welche Gruppen zu rechnen war und inwieweit dabei gewalttätige Auseinandersetzungen drohten. In derselben Sitzung hat der Ausschuss mit Vertretern des Bundesministeriums der Verteidigung erörtert, inwieweit und auf welcher Grundlage die Bundeswehr an den Maßnahmen zum Weltwirtschaftsgipfel beteiligt war.

Neuer Generalstaatsanwalt zu Gespräch im Landtag



(v.l. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, 3. Vizepräsident Hans Kreher, Helmut Trost, 2. Vizepräsident Andreas Bluhm, 1. Vizepräsidentin Renate Holznel)

Das Präsidium des Landtages begrüßte am 10. Juli den neuen Generalstaatsanwalt Mecklenburg-Vorpommerns, Helmut Trost, zu einem Gespräch. Trost war Anfang April für diese Aufgabe ernannt worden. Der aus Niedersachsen stammende Trost war 1991 von Hamburg nach Mecklenburg-Vorpommern gewechselt und hier bis 1996 bei der Staatsanwaltschaft Stralsund tätig. 1996 wechselte er ins Justizministerium. 2001 wurde Trost Leitender Oberstaatsanwalt und ständiger Vertreter des Generalstaatsanwaltes. 2005 übernahm er die Leitung der Staatsanwaltschaft Rostock. Der Generalstaatsanwalt hat die Fach- und Dienstaufsicht über die Staatsanwaltschaften inne und ist zudem für Ermittlungsverfahren wegen Staatschutzdelikten zuständig.

Gewinn für beide Seiten

Jugendliche diskutieren mit Sozialausschuss übers Rauchen

Mittwoch war Praxistag. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend im Landtag“ schwärmten in alle Himmelsrichtungen aus, um sich vor Ort über Projekte und Erfahrungen zu ihren Werkstatt-Themen zu informieren. Der Workshop „Gesundheit“ allerdings brauchte das Schweriner Schloss nicht zu verlassen – die Jugendlichen waren zu einer Diskussion mit dem Sozialausschuss des Landtages eingeladen. Thema: Das neue Nichtraucherschutzgesetz von Mecklenburg-Vorpommern.

Dabei ging es vor allem um die Regelungen für die Schulen. „Alle sind für dieses Gesetz“, betonte Christian Lübstorff, JiL-Moderator des Gesundheitsworkshops. „Wie aber soll es konkret in den Schulen umgesetzt werden?“ Ein Rauchverbot im Schulgebäude sei leicht durchzusetzen. Was aber sei mit den Schulhöfen? Unterstützt wurde er von Judith Hoppe, deren Gymnasium in Röbel sich schon vor dem Gesetz zur Nichtraucherschule verpflichtet hat. Ihre Erfahrung: Rauchverbot auf dem Schulhof hat Wanderbewegungen in die Außenbereiche zur Folge.

Die Diskussion um Raucherecken führe vom Ansatz des Nichtraucherschutzgesetzes weg, gab Dr. Norbert Nieszery (SPD) zu bedenken. „Es geht um den Gesundheitsschutz“, betonte er. Die Folgewirkungen des Rauchens seien für die Gesellschaft sehr bedeutsam – deshalb müsse man gerade im Jugendbereich konsequent agieren.

Auch Günter Rühs von der CDU-Fraktion unterstrich, das es nicht Ziel des Gesetzes sei, die Raucher umzuerziehen. „Es geht in aller erster Linie um den Schutz der Nichtraucher“, stellte er klar. Unterstützung fand er bei seinem SPD-Kollegen Jörg Heydorn: „Es geht um eine öffentliche Signalwirkung für gesundheitsbewusstes Handeln.“ Auch er sprach sich, ebenso wie seine Fraktionskollegin Martina Tegtmeier, für ein komplettes Rauchverbot in den Schulen aus, auch auf dem Schulhof.

Aus Sicht seiner Fraktion sei das Nichtraucherschutzgesetz sehr bürokratisch, erklärte der NPD-Abgeordnete Stefan Köster. Umsetzen müssten es die Leute vor Ort, sagte er.

„Die ganze Gesellschaft muss ein positives Vorbild für Kinder und Jugendliche setzen“, betonte Dr. Marianne Linke von der Fraktion DIE LINKE. Rauchen sei eine Sucht, die die Gesundheit extrem gefährde. Deshalb sei es richtig, Rauchen konsequent aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Auch Beate Schlupp von der CDU-Fraktion sprach sich für klare



Ausschussvorsitzender Ralf Grabow (FDP), Dr. Marianne Linke (DIE LINKE) und Werner Kuhn (CDU) im Gespräch mit Jugendlichen der „Gesundheits-Werkstatt“.

Regeln aus. „Ich weiß von meinen eigenen Kindern, dass sie sich wünschen, dass ihnen Grenzen gesetzt werden“, sagte sie. Dass die Eltern eine wichtige Rolle bei der Gesundheitserziehung spielen, fand auch Sarah Kaschuba aus Tessin. Generell müsse ein viel stärkeres Augenmerk auf die Prävention gerichtet werden. „Man kann auch ohne Suchtmittel glücklich sein“, betonte sie.

„Die Diskussion hat meine Position bestärkt, dass ich weiterhin voll hinter diesem Nichtrauchergesetz stehe“, so das Fazit von Johannes Wander von der KGS Altentrep tow. Das Gespräch mit den Abgeordneten fand er grundsätzlich sehr interessant. „Auch weil man ein bisschen den Eindruck verloren hat, dass die Politiker nur hinter Pulten leben und dort Reden schwingen.“

Auch Ralf Grabow (FDP), Vorsitzender des Sozialausschusses, zeigte sich zufrieden mit der Veranstaltung. „Ich glaube, dass beide Seiten von der Runde profitiert haben“, meinte er. „Es war erfrischend, die jungen Leute aus dem Land zu hören und zu sehen, wie ernsthaft sie sich Gedanken über das Gesetz gemacht haben.“



v.l. Sarah Kaschuba, Tessin; Franziska Layher, Lalendorf; Anne Böhme, Wattmannshagen; Janine Matze, Schlutow; Anika Baaße, Lalendorf; Patricia Kortas, Karow.

Von Bildung, Gesundheit und Zukunft

Fakten- und Ideensammlung in den JiL-Werkstätten

Bei den Vorbereitungstreffen zu „Jugend im Landtag“ hat das Organisationsteam auch die Themen für die Werkstätten diskutiert. Aus der Vielfalt der Ideen kristallisierten sich schließlich fünf Schwerpunkte heraus, so dass die Bewerber für JiL sich bereits in ihrer Anmeldung für einen Workshop entscheiden konnten. Eine sechste Werkstatt blieb bis zum Projektstart offen für eine spontane Themenwahl. (Hier ging es dann um das Thema „Nachbarschaft“ – speziell zum östlichen Nachbarn Polen.) Unter der Leitung fachkundiger Moderatorinnen und Moderatoren diskutierten die Jugendlichen miteinander, mit Experten und mit Abgeordneten ihr Thema, entwickelten Ideen und Vorschläge und formulierten die Fragen und Themen für das „Café MV“ – die Diskussion mit den Abgeordneten.



In sechs Werkstätten diskutierten die Jugendlichen über ihre Themen und bereiteten ihre Präsentation vor.

JiL-Werkstätten

Jugend im Landtag 2007 ist gebildet!

- schlau in M-V -

Jugend im Landtag 2007 ist extrem!

- links und rechts und überhaupt -

Jugend im Landtag 2007 ist gesund!

- Gesundes und Ungesundes -

Jugend im Landtag 2007 ist international!

- regional, kontinental und global -

Jugend im Landtag 2007 ist Zukunft!

- hier ist M-V, hier will ich sein -

Jugend im Landtag 2007 ist frei!

- offen – also her mit den Themen -

Themen beim Café MV

Selbstständigkeit der Schulen = Qualitätserhöhung?

Zukunftspotenzial und regenerative Energien in Mecklenburg-Vorpommern

Ist Schulsport gerecht und effektiv?

Warum kommen Projekte für Demokratie und Toleranz erst jetzt?

Jugend ernst nehmen –
Mitspracherecht weltweit – also auch in M-V

Nachbarschaft braucht Austausch

UJBA – Unabhängiger Jugend-Beratungs-Ausschuss

Klasse 2 bis 4 – Kopfnoten nur hier?

Was stellen Sie sich unter „Fairness“ vor?

Deutschlands Rolle in der Globalisierung – Chancen und Gefahren

Tragt die Kosten – wir tragen euch!

Verlust der Jugendkultur –
Was tun Sie dagegen?



24 Abgeordnete aller fünf Fraktionen diskutierten im Café MV mit den Jugendlichen.

Meinungen

Stefanie Käther, Zepkow

Es hat mir Spaß gemacht, über Politik zu diskutieren. Ich war im Bereich Bildung. Das fand ich sehr interessant. Der Praxistag war toll. Vor allem der Ausflug nach Dömitz und zum NDR-Studio hat mir sehr gefallen. Man hat viele neue tolle Leute kennengelernt. Der Umgang mit den Abgeordneten war okay. Ich fand es auch gut, dass Abgeordnete von allen Parteien da waren, weil ich finde, man muss sich mit allen auseinandersetzen. Also durchweg eine positive Bilanz!

Anika Baaße, Lalendorf

Besonders gut fand ich den praktischen Tag, weil man nicht nur immer im Landtag saß, sondern auch rumgefahren ist und sich bestimmte Sachen angeguckt hat, so wie wir das Schulzentrum in Dömitz. Das fand ich richtig gut, weil man dort mal einen Einblick von anderen Sachen und anderen Ideen bekommen hat. Sehr gut fand ich auch, dass die Falken für uns gekocht haben, was gut geschmeckt hat und mal was anderes war, als das, was die Jugendherbergen einem eigentlich geben. Die Workshops fand ich auch sehr gut und die ganze Leitung auch. Schade war, dass wir manchmal zu wenig Zeit hatten.

Arne Kövel, Güstrow

Ich bin eigentlich mit gemischten Gefühlen hergefahren, weil ich mich nicht freiwillig für meine Werkstatt angemeldet habe. Da mein Wunschthema schon besetzt war, war ich in der Werkstatt Zukunft. Das war dann richtig gut, weil wir die kleinste Werkstatt waren mit vier Teilnehmern. Dadurch war das sehr arbeitsintensiv, weil jeder sich wirklich so viel einbringen konnte, wie er konnte und wollte. Vor allen Dingen habe ich auch soziale Kompetenzen erlangt, Diskussionsfähigkeit, Kritikfähigkeit. Die Atmosphäre bei JiL fand ich gut, weil es viele interessante Gespräche gab, auch abends nach dem Programm, und viele interessierte Jugendliche. Das hat mich motiviert.

Franziska Schneider, Schwerin

JiL ist einfach JiL. Es ist total klasse. JiL ist für mich: Manja und ein total geiles Team, dieses Schloss, die Politiker, mit denen man sprechen kann, und neue Erfahrungen, neue Freunde. Einfach nur geil. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Bundesverdienstkreuz

Im Namen von Bundespräsident Horst Köhler überreichte Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff am 13. August das Bundesverdienstkreuz am Bande an Batsheva Dagan. Die in Polen geborene Jüdin hat durch den Holocaust fast ihre gesamte Familie verloren.



(v.l. Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff, Enkel Janiv Dagan, Landtags-Vizepräsident Andreas Bluhm, Bildungsminister Henry Tesch, Schwiegertochter Batia Dagan und Sohn Amir Dagan)

Sie selbst wurde als 17-Jährige nach Auschwitz deportiert, gegen Kriegsende von dort nach Ravensbrück gebracht und schließlich auf dem Todesmarsch bei Lübz befreit. Sie wanderte 1945 nach Palästina aus und lebt heute in Israel. Batsheva Dagan hat die Erziehung der Jugend zu Toleranz und Menschlichkeit zu ihrer Lebensaufgabe gemacht. Seit 2002 wirkt sie als Zeitzeugin auch bei Jugendprojekten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern mit. „Die jungen Deutschen haben keine Schuld an den Verbrechen der Nationalsozialisten“, ist ihr Kredo. „Aber sie tragen Verantwortung dafür, dass sich solche Verbrechen nie wiederholen.“ Vizepräsident Andreas Bluhm dankte Batsheva Dagan bei einem Empfang des Landtages anlässlich der Auszeichnung für ihr Engagement.

Schüleraustausch mit Israel

Im Rahmen des Projektwettbewerbs „Frieden für Europa“ besuchten Schülerinnen und Schüler vom Hebrew Herzlia Gymnasia in Tel Aviv und vom Gymnasium Carolinum Neustrelitz am 6. September den Landtag

und nahmen neben dem Erinnerungsfoto aus dem Plenarsaal vielfältige Eindrücke aus dem schönsten Landtagssitz Deutschlands mit nach Hause.



Fregatte MV

Aus Anlass des 10. Schiffsgeburtstages hatten der Kommandant und die Besatzung der Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“ am 1. September zur Jubiläumsfeier in den Schützenhof zu Jever eingeladen. Vizepräsidentin Renate Holznagel überbrachte die Glückwünsche des Landtages und sprach ihre Hoffnung aus, dass die engen Kontakte zwischen dem Parlament und der Besatzung auch künftig weiter bestehen mögen.



Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel mit Fregattenkapitän und Kommandant Ulrich Reinicke.

Die Fregatte Mecklenburg-Vorpommern gehört seit Dezember 1996 der Marine an und hat seitdem viele anspruchsvolle Aufträge in nationalen und auch internationalen Gewässern erfolgreich durchgeführt. Im Rahmen der Patenschaft mit dem Namensgeberland besuchen Teile der Besatzung immer wieder Mecklenburg-Vorpommern, und auch bei der Hanse-Sail in Rostock ist die Fregatte regelmäßig dabei.

Umgezogen

- Der Bürgerbeauftragte von Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Schubert, ist mit seinem Mitarbeiterstab umgezogen. Die neue Adresse lautet: Schloßstraße 1, 19053 Schwerin. Die Telefonnummer ist unverändert: 0385 / 525-2709.
- Der Serviceplatz der Landtagsbibliothek mit dem Präsenzbestand befindet sich jetzt im 3. Obergeschoss des Landtages. Die Telefonnummer ist unverändert: 0385 / 525-2144.

„Tun, was möglich ist“

Menschen mit Handicap sollen Schloss selbstständig erleben

Das klassische Kopfsteinpflaster im Vordergrund, dahinter das historische Schlossensemble – ein schöner Anblick. „Ja“, bestätigt Ralf Grabow. „Aber versuchen Sie mal, mit dem Rollstuhl über die Schlossbrücke bis ins Hauptportal zu kommen. Das holpert und hopst, dass es eine wahre Freude ist.“ Der FDP-Abgeordnete weiß, wovon er spricht. Er ist selbst Rollstuhlfahrer. Von Geburt an gehbehindert, ist er es gewohnt, sich in einer Gesellschaft zurechtzufinden, die sich vor allem auf die uneingeschränkt Gesunden konzentriert. Treppensteigen, die Kantine aufsuchen, den Lift benutzen – all das, worüber Menschen ohne Handicap im Alltag nicht einmal nachdenken, kann für Menschen wie ihn zum Problem werden. „Ich bin es inzwischen gewohnt, mir das Leben jeden Tag neu zu organisieren.“ Der 42-jährige Rostocker sagt das mit Energie, ohne Verbitterung in der Stimme. Seit Beginn dieser Legislaturperiode befindet sich sein Arbeitsplatz in der 4. Etage des Schweriner Schlosses. Dem schönsten Landtagsitz Deutschlands, wie Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker den ehemaligen Herrschaftssitz bekanntermaßen Anfang der neunziger Jahre adelte. Ein bedeutendes Bauwerk des Historismus, 150 Jahre alt, ein Denkmal. Und damit auch mit Beschränkungen versehen, was die baulichen Freiheiten betrifft.

Das weiß auch Dr. Irmela Grempler, in der Landtagsverwaltung verantwortlich für alle Baubelange. „Bei Umbau und Sanierung haben wir von Beginn an darauf geachtet, dass sich auch Menschen mit Behinderungen im Schloss möglichst gut zurecht finden“, sagt sie. So seien bei der Neugestaltung des Ple-



Reha-Lifte ermöglichen auch Rollstuhlfahrern das Überwinden von Treppen im Landtag.

narsaales 1994 beispielsweise Induktionsschleifen gelegt worden, die es Hörgeschädigten ermöglichen, die Debatten auch akustisch zu verfolgen. Eine Rampe im Bereich der Besucher- und Pressetribüne ermöglicht Rollstuhlfahrern den ungehinderten Zutritt. 1999 sei der Aufzug am Hauptportal in Betrieb genommen worden, mit Blindenschrift und automatischer Ansage versehen. „Aber so ein altes Bauwerk setzt einfach Grenzen. Wir tun, was möglich ist.“ Schon Anfang der neunziger Jahre sei der Kontakt zum Behindertenbeirat der Landeshauptstadt aufgenommen worden.

„An meinem ersten Arbeitstag im vorigen Jahr stand Frau Dr. Grempler neben mir und fragte, wie ich zurechtkomme“, sagt auch Ralf Grabow. So hat er zum Beispiel seinen eigenen Parkplatz am Gartenportal bekommen. Jetzt kann er das holprige Kopfsteinpflaster weitgehend meiden, wenn er in sein Büro will. Das befindet sich gleich dem Aufzug gegenüber, so dass er seinen Weg zum Arbeitsplatz selbstständig meistern kann. Und das ist ihm wichtig. Der Kauf der klappbaren, mobilen Rampe, die von der Landtagsverwaltung inzwischen angeschafft wurde, geht auf seine Anregung zurück. So können auch Besucher im Rollstuhl selbstständig an vielen Stellen in Schloss Höhenunterschiede überwinden.

Zudem gibt es inzwischen fünf Reha-Lifte, die in Landtag und Museum fest am Rande der Treppen installiert sind, und in der Lobby vor dem Plenarsaal steht ein so genannter Scheren-Hubtisch, der ebenfalls über die Stufen hinweghilft.

Ralf Grabow sieht dennoch Handlungsbedarf. „Wir brauchen dringend mehr barrierefreie Toiletten, nicht nur im Erdgeschoss“, hebt er vor allem mit Blick auf Besucher hervor. „Und der Aufzug, der uns schon zur Sommerpause versprochen war, funktioniert einfach nicht. Hier muss sich der Betrieb für Bau und Liegenschaften endlich bewegen.“ Über diesen Lift ärgert sich auch Irene Müller. Die Abgeordnete der Linken ist blind. „Da hätte man noch vor dem Einbau die Betroffenen fragen müssen“, sagt sie. Denn eigentlich sollte er kein Ärgernis, sondern eine Erleichterung für Menschen mit Handicap sein. „Aber er hält weder auf der 1. noch auf der 2. oder 3. Etage. Wenn er überhaupt fährt“, kritisiert sie. „Und die Elektronik funktioniert gar nicht. Für mich ist es unmöglich,



Wunderschönes Treppenhaus im Nordflügel des Schlosses - für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer ein Problem.

diesen Fahrstuhl zu bedienen.“ Also nutzt sie den alten Fahrstuhl – mit dem sie aber nicht ohne weiteres in den Sitzungsraum ihres Ausschusses oder in den Plenarsaal gelangt. „Das geht nur, wenn ich den Fraktionsraum der FDP durchquere. Also unterbrechen die Kollegen von den Liberalen für mich ihre Sitzung oder lassen den Raum nach Absprache offen, damit ich da durch kann.“ Andere Teile des Gebäudes – wie das schmale Uhrentürmchen, der Wendelstein – sind gleich ganz tabu für Irene Müller, einfach weil sie auch Platz für ihre Hündin Trixi braucht. Auf die Hilfe des speziell ausgebildeten Vierbeiners ist die Landtagsabgeordnete angewiesen. Auch für den Weg hinab in die neue Kantine braucht sie Unterstützung. „Jede Stufe im Schloss ist eine Herausforderung“, sagt die 52-Jährige. Ein Grund, weshalb sie Besucher mit Handicap lieber nicht im Landtag, sondern außerhalb empfängt. Andere Dinge – wie das verstellbare Rednerpult im Plenarsaal – nennt Irene Müller wiederum eine „feine Sache“.

Auch der neue Aufzug am Gartenportal sei behindertengerecht ausgestattet, macht Irmela Grempler deutlich. Aus Sicherheitsgründen könne er zurzeit aber noch nicht alle Etagen anfahren. Bei allen Grenzen, die das alte Bauwerk setzt, sei eines für die Bauverantwortlichen wichtig: Menschen mit Handicap sollen möglichst selbstständig das ganze Schloss nutzen und erleben können.



▲ S. E. der Botschafter der Sozialistischen Republik Vietnam, Tran Duc Mau, besuchte den Landtag am 22. August. Deutschland genieße in Vietnam ein hohes Ansehen, sagte der 50-Jährige bei seinem Gespräch mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Sein Land sei dankbar für die wirtschaftliche Unterstützung, aber auch für die Maßnahmen des deutschen Staates zur Unterstützung der in Deutschland lebenden Vietnamesen. Die Integration seiner Landsleute in die Gemeinschaft ihrer neuen Heimat halte er für außerordentlich wichtig. Sylvia Bretschneider betonte, dass alle vier im Landtag vertretenen demokratischen Parteien geschlossen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus stehen und alles dafür tun, die Demokratie zu schützen und rechtsextremen Kräften keinen Einfluss auf politische Entscheidungen zu ermöglichen.



▲ Am 20. August besuchte der Generalkonsul der Republik Österreich, Leopold Köllner, im Rahmen eines Besuchs in Mecklenburg-Vorpommern auch den Landtag. Hier wurde er von Vizepräsidentin Renate Holznagel empfangen und trug sich ins Gästebuch des Landtages ein. Der 56-Jährige hat Mecklenburg-Vorpommern bereits Mitte der 90er Jahre als damaliger stellvertretender Leiter des Generalkonsulats in Berlin kennen gelernt. Er zeigte sich sehr beeindruckt von der Entwicklung des Landes und der Stadt Schwerin. Renate Holznagel berichtete, dass insbesondere in der ersten Legislaturperiode die Umweltpolitiker des Landtages viel von Österreich gelernt hätten. Einig waren sich beide Gesprächspartner über die positiven Effekte der EU-Erweiterung auf ihre Länder. Ein weiteres Thema des Gesprächs war die Tourismusentwicklung.

Am 9. Juli stattete der Botschafter der Italienischen Republik, S. E. Antonio Puri Purini, dem Landtag seinen Antrittsbesuch ab. Hier wurde er von Renate Holznagel empfangen und trug sich ins Gästebuch ein. Die 1. Vizepräsidentin des Landtages informierte den Diplomaten über die neue Zusammensetzung des Landtages nach der Wahl im vergangenen Jahr. Puri Purini und Renate Holznagel waren sich einig, die Beziehungen zwischen Italien und Mecklenburg-Vorpommern weiter zu intensivieren. Holznagel begrüßte den Vorschlag Purinis, für das kommende Jahr einen „Italienischen Tag“ in Schwerin oder Rostock zu planen. Einen Schwerpunkt der gemeinsamen Bemühungen sehen beide Seiten in der Stärkung und Weiterentwicklung der Europäischen Union. Puri Purini ist seit September 2005 Botschafter Italiens in Deutschland. Der 65-Jährige ist seit 1965 im Diplomatischen Dienst und war u.a. in Washington, München, Tokio und Madrid tätig.

Adressfeld für Abonnenten

Am 21. August stattete der Botschafter der Slowakischen Republik, S.E. Ivan Korčok, dem Landtag seinen Antrittsbesuch ab. Er wurde von Andreas Bluhm empfangen und trug sich ins Gästebuch ein. Der 2. Vizepräsident des Landtages informierte den Diplomaten über die neue Zusammensetzung des Landtages sowie über die Schwerpunkte der Parlamentsarbeit. Deutschland sei als Außenhandels- und Investitionspartner Nr. 1 für sein Land sehr wichtig, betonte Korčok. Als eine Gemeinsamkeit mit Mecklenburg-Vorpommern hob er die Bedeutung der EU-Förderung für die Landesentwicklung hervor. Der Diplomat warb dafür, die im Zuge der EU-Erweiterung veränderten wirtschaftlichen Bedingungen nicht als Bedrohung für die eigene Entwicklung zu sehen, sondern vielmehr nach Synergien zu fragen und die Chancen zu erkennen.

